



Bericht über den Sachstand der Umsetzung des Digitalprogramms des Landes Brandenburg 2025  
sowie der  
Zukunftsstrategie „Digitales Brandenburg“  
(gemäß Landtagsbeschluss vom 21. Juni 2023, Drs. 7/7919-B)

**Anhang 1: Übersicht Umsetzungsstand Maßnahmen des Digitalprogramms 2025  
(mit Stand 5. Juli 2023)**

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
1	<b>Fortbildung für Fachkräfte und Ausstattung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit digitalen Endgeräten</b>	MBSJ	Aus Mitteln des Gute-KiTa-Gesetzes fördert das MBSJ im Jahr 2022 die frühkindliche Medienbildung im Land Brandenburg. Öffentliche und freie Träger von Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen können eine Förderung für Fortbildungen im Bereich Medienbildung und Digitalisierung beantragen. Es werden auch kostenfreie Angebote für pädagogische Fachkräfte zu den Themen „Medien & Kindheit“ finanziert. Gefördert wird außerdem die Ausstattung der frühkindlichen Bildungseinrichtungen mit digitalen Endgeräten für die Stärkung der medienpädagogischen Arbeit für die Wahrnehmung von digitalen Informations- und Weiterbildungsangeboten, die Elternarbeit sowie für die Realisierung von verwaltungsseitigen Aufgaben.	<b>in Arbeit</b>	Die RL Medien/Digital Kita 2022, die sowohl Ausstattung mit Endgeräten als auch Fortbildung rund um das Thema "digitale Medien" förderte, ist am 31.12.2022 außer Kraft getreten. Etwa 1.300 Kitas und rund 200 Kindertagespflegepersonen haben eine Förderung erfahren. Die Verwendungsnachweise müssen bis zum 30.06.2023 eingereicht werden. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Digitalisierung in Kitas in Deutschland noch immer ein laufender Prozess ist, an dem in allen Bundesländern gearbeitet wird. Es ist wichtig, dass auch in Brandenburger Kitas die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, aber auch die Risiken im Auge behalten und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Kinder im Internet zu gewährleisten und den Umgang mit digitalen Medien verantwortungsvoll zu gestalten. Es wird derzeit geprüft, wie der Schwerpunkt "Fortbildung" weiterhin realisiert und auf die Fachkräfte im Hort ausgeweitet werden kann.
2	<b>Steigerung der Digitalisierungs-kompetenz von Mädchen und Frauen</b>	MSGIV	Im „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2020 – 2025 für das Land Brandenburg“ (GPR III) ist Digitalisierung als Schwerpunkt gesetzt. Daher fördern wir verschiedene Projekte von mädchen- und frauenpolitischen Trägern und Mädchentreffs, die den Abbau der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Nutzung von digitalen Technologien beabsichtigen. Dazu gehört auch, mehr Mädchen und Frauen für die Programmierung zu gewinnen und sie für entsprechende IT-Berufe zu begeistern. Darüber hinaus sollen die Zielgruppen in den Projekten ihre Kompetenzen im Umgang mit sozialen Medien ausbauen und für	<b>in Arbeit</b>	Insbesondere die durch die pandemiebedingten Lockdowns festgestellten Problemlagen veranlassten die Mädchen*treffs im Land Brandenburg zu gezielten Maßnahmen. Das MSGIV förderte 2020 die IT-Ausstattung der Mädchen*treffs, damit die Mitarbeiterinnen Kontakt zu den Besucherinnen halten konnten/können. 2021 entwickelten die Mädchen*treffs Potsdam und Cottbus wöchentliche Angebote zum sicheren Umgang im Internet, auch der frauenpolitische Träger Demokratischer Frauenbund entwickelte ein Angebot, um insb. wenig computeraffine Menschen für IT-Anwendungen zu schulen. 2022 nahm das Mädchenpolitische Netzwerk, deren Treffen vom MSGIV gefördert werden, an einer Weiterbildung für Fachkräfte zu „Mädchenarbeit und digitale Gewalt“ teil. Die

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			geschlechtsspezifische digitale Gewalt („Cybermobbing“, „Cybergrooming“, „Cyberstalking“) sensibilisiert werden.		vom MSGIV geförderte Kontakt- und Koordinierungsstelle für Mädchenarbeit berät mädchenpolitische Projektträger, z. B. aktuell im Landkreis Oder-Spree zu einem Projekt zu Prävention gegen Digitale Gewalt (Workshops und Technikausstattung für Mädchen). Die Herausforderungen bestehen einerseits in der Weiterbildung der Fachkräfte wie auch in der zielgruppengenaue Angebotsentwicklung.
3	<b>Schul-Cloud Brandenburg</b>	MBSJ	Die Grundidee der Schul-Cloud Brandenburg ist es, Bildungsinhalte webbasiert überall erreichbar zu machen. Dadurch wird ihr Einsatz im Unterricht sowie im außerschulischen Lernen und zu Hause wesentlich erleichtert. Durch den Einsatz der Cloud-Technologie können beispielsweise Dokumente für den Unterricht zeit-, orts- und Endgeräte-unabhängig bereitgestellt, gemeinsam erstellt, ausgetauscht und sicher gespeichert sowie Lerninhalte unterschiedlicher Anbieter im Internet datenschutzkonform genutzt werden. Auf technischer Ebene stellt die Schul-Cloud Brandenburg eine datenschutzkonforme, digitale Lehr-Lernumgebung für den Schulunterricht bereit, die schulform-übergreifend eingesetzt werden kann. In Brandenburg sind bereits über 700 Schulen sowie die Studienseminare (zweite Phase der Lehrkräfteausbildung) an die Schul-Cloud Brandenburg angeschlossen.	<b>in Arbeit</b>	Die Schul-Cloud Brandenburg ist mit dem Verwaltungsabkommen vom 02.07.2021 zwischen den Ländern Niedersachsen, Thüringen und Brandenburg als Schulcloud-Verbund seit Beginn des Schuljahres 2021/2022 in einen stabilen Regelbetrieb überführt. Der Schulcloud-Verbund übernimmt die Beauftragung zur Weiterentwicklung der Funktionen. Ziel bleibt die Entwicklung einer digitalen Bildungslösung, die auf die speziellen Bedarfe der Brandenburger Schulen und somit der Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte (und ggf. Eltern) ausgerichtet ist. In der Zusammenarbeit der Länder haben sich folgende Gremien etabliert: Steuerungsgruppe, Fachadministrativer Rat und acht Unterarbeitsgruppen zu unterschiedlichen thematischen Bereichen. In Brandenburg sind 738 Schulen (Stand: 11.07.23) sowie drei Studienseminare (zweite Phase der Lehrkräfteausbildung) und das LISUM an die Schul-Cloud Brandenburg angeschlossen. In konkreten Zahlen sind das 204.674 registrierte Nutzende, davon 1.461 Admins, 21.826 Lehrkräfte, 178.419 Schülerinnen und Schüler. Am MBSJ ist der Aufgabenbereich des Anforderungsmanagements und die Finanzen verortet. Im Schuljahr 22/23 gab es folgende Neuerungen in der

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
					<p>Lernplattform:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserungen des Videokonferenzsystems u.a.</li> <li style="padding-left: 20px;">+Wartebereich im Videokonferenzsystem</li> <li style="padding-left: 20px;">+Teilnahme von externen Experten an Videokonferenz in Lernplattform ermöglicht</li> <li style="padding-left: 20px;">+ neues Whiteboard</li> <li>- Erstellte Kurse können kopiert sowie schulintern/landesweit geteilt und importiert werden</li> <li>- Erstellte Aufgaben können schulübergreifend geteilt und importiert werden</li> <li>- Bereitstellung von weiterer Bildungsmedien über den „Lern-Store“ der Schul-Cloud Brandenburg (eingekaufte Bildungsmaterialien der FWU, Interaktive Lerninhalte als H5P-Elemente)</li> <li>- Verbesserung des Dateimanagements durch Einbindung einer Testumgebung NextCloud</li> </ul> <p>Die Supportstrukturen und Fortbildungsangebote zur Lernplattform sind am Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg etabliert. Im Schuljahr 22/23 wurden zwei Fortbildungen im Bereich der Führungskräfte angeboten sowie eine Workshopreihe zum Thema „Hybrides Lehren und Lernen mit der Schul-Cloud Brandenburg“. Es ist geplant die Angebote im kommenden Schuljahr fortzuführen. Darüber hinaus soll im Schuljahr 23/24 eine Online-Schulung für die Administratoren der Schulen umgesetzt werden.</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
4	<b>Medienkompetenz stärkt Brandenburg</b>	MBSJ	In der Rahmenvereinbarung "Medienkompetenz stärkt Brandenburg" zwischen der MABB und dem MBSJ werden Angebote und Initiativen unterstützt, die Bürger/-innen befähigen, aktiv und nachhaltig an der Wissens- und Informationsgesellschaft teilzuhaben, Chancen zu erkennen und Risiken zu bewerten.	<b>in Arbeit</b>	Meilensteine aus 2022 sind erreicht und werden in 2023 fortgesetzt. Die Vernetzung mit den relevanten Akteuren in BB kommt weiter gut voran. Es ist ein Vernetzungstreffen und die Förderpreisverleihung in Planung. Eine weitere Veranstaltung "4hoch3" hat bereits stattgefunden.
5	<b>Mobile Angebote der medienpädagogischen Bildungsarbeit</b>	MBSJ	Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen dem MBSJ und dem Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e.V. (lmb) über die Kooperation von Schulen und außerschulischen medienpädagogischen Bildungspartnern werden kontinuierlich medienpädagogische Netzwerkstrukturen im Land Brandenburg auf- und ausgebaut (Jugendinformations- und Medienzentren – JIM). Zur Schaffung neuer unterstützender Netzwerkstrukturen ist zudem das Transferprogramm „jumbl“ (Jugendmedienbildung im ländlichen Raum) geschaffen worden. Mit diesem Programm fördern wir die Weiterentwicklung der Fachlichkeit sozialpädagogischer und erzieherischer Fachkräfte im medienpädagogischen Kontext.	<b>in Arbeit</b>	Meilensteine aus 2022 sind erreicht und werden in 2023 fortgesetzt. Dem JIM Netzwerk gehören mittlerweile 27 Einrichtungen an. Drei Einrichtungen kommen im Jahr 2023 noch hinzu. Es gab bereits Coachings und Praxisbegleitungen von 20 Pädagog/-innen im Rahmen von "jumbl" und es fanden bereits vier Veranstaltungen im Rahmen des Coachings und der Begleitung auf lokaler Ebene statt.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
6	<b>Digitalisierung in den Brandenburger Studentenwerken</b>	MWFK	Die Studentenwerke haben sich mit ihren Digitalisierungsstrategien auf den Weg gemacht, bis 2030 schrittweise ein Gesamtpaket an benutzungsfreundlichen, barrierefreien und nachhaltigen digitalen Serviceangeboten für Studierende zu entwickeln. Dafür werden die Studentenwerke mit finanzieller Unterstützung des Landes eine vernetzte IT-Verwaltungsarchitektur ohne Medienbrüche schaffen. Konkret bedeutet das digitale Serviceangebote der Studentenwerke für die Studierenden Erleichterungen in ihrem Studienalltag, beispielsweise durch eine digitale Wohnheimverwaltung mit digital einsehbarer Mietakte, digitaler Check-In-Möglichkeit beim Einzug und einem Online-Mietvertrag, eine Mensa-App mit Speiseplänen in Echtzeit und Online-Bestellfunktion und ergänzende digitale Beratungsangebote sowie elektronische Antragsverfahren.	<b>in Arbeit</b>	Die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung im Bereich der Studentenwerke wurden in den Gebieten Wohnen, Infrastruktur, Verpflegung, Beratung und Soziales, Verwaltung und Kommunikation mit den beiden Studentenwerken Potsdam und Frankfurt identifiziert und als Maßnahmenfelder strukturiert. Vorbereitende Maßnahmen, erste Markterkundungen für die relevanten Lösungen sind auf dem Weg und rechtliche und technische Voraussetzungen sind geprüft oder befinden sich in der Prüfung.
7	<b>Digitale Erwachsenenbildung und DigitalCampus Brandenburg</b>	MBSJ	Auf dem DigitalCampus Brandenburg, einer webbasierten Lehr- und Lernplattform, stellen anerkannte Weiterbildungsorganisationen in freier Trägerschaft unter anderem Online-Seminare oder digitale Lernbausteine als Erweiterung von Präsenzkursen zur Verfügung. Weiterhin ist die Beratung und Fortbildung für die Fachkräfte dieser Organisationen Bestandteil des Projektes. Die Brandenburger Volkshochschulen nutzen bereits die bundesweit etablierte Plattform vhs.cloud. In einzelnen Modellvorhaben werden darüber hinaus Fortbildungsangebote zur Digitalisierung für Kursleitende und Mitarbeitende der Weiterbildungseinrichtungen entwickelt sowie die Organisationsentwicklung und	<b>in Arbeit</b>	Zertifikatslehrgang "Kursersteller/-in Erwachsenenbildung" bzw. nach Bedarf der Fachkräfte kombinierbare Fortbildungsangebote: Zum Kennenlernen und Erlernen der Möglichkeiten des DigitalCampus wurde vom Projektträger eine neue Informations- und Schulungsstruktur bestehend aus <ul style="list-style-type: none"> <li>• Info- und Schnuppertag (quartalsweise)</li> <li>• Basisschulungen LMS, Videokonferenz und Autorensystem (quartalsweise)</li> <li>• Dozentenschulungen Lernräume managen, Inhalte erstellen, Online-Lehren (quartalsweise)</li> <li>• Workshops Ton, Video u. a. (quartalsweise)</li> <li>• Offene Sprechstunde (wöchentlich) etabliert und durchgeführt.</li> </ul>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			Qualitätssicherung der Weiterbildungseinrichtungen in Hinblick auf die Digitalisierung begleitet.		<p>Start des DigitalCampus LAB: Vorbereitende und konzeptionelle Arbeiten für den Start des DigitalCampus LAB haben begonnen.</p> <p>Kursprogramm und offene Sprechstunde zur Fortbildung, Beratung für Weiterbildungseinrichtungen: Vorbereitende und konzeptionelle Arbeiten laufen und erste Fortbildungsangebote und Sprechstunden finden statt</p> <p>Umsetzung Modellprojekt Lernort.Plus für Seniorinnen und Senioren: Der Aufbau von Partnerschaften mit unterschiedlichen Lernorten findet statt und erste Bildungsangebote zum Erwerb von Anwendungskompetenzen werden durchgeführt.</p>
8	<b>Digitales Qualifizierungs- und Kooperationsnetzwerk für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe – Netquali-BB</b>	MBSJ	Personalentwicklung und -bindung sind zentrale Strategien für die mittel- und langfristige Sicherung von Fachpersonal. Dabei wird Personalentwicklung vor allem mittels Fort- und Weiterbildung sowie beruflicher Qualifizierung erreicht. Mit Netquali-BB steht ein webbasiertes Kooperations- und Qualifizierungsnetzwerk bereit, welches sich an die Einrichtungs- und Bildungsträger, die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe selbst sowie auch die breitere Fachöffentlichkeit richtet. Mit seiner konzeptionellen Ausrichtung leistet das Portal einen wichtigen Beitrag zur qualitativen, zeit- und raumunabhängigen Weiterentwicklung der Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe im Land Brandenburg. Berufseinsteiger*innen wie langjährige Fachkräfte profitieren von qualitativ hochwertigen und	<b>in Arbeit</b>	in Arbeit, fortlaufend Erweiterung der Kooperationspartner, des Mediatheks-, Seminar- und Medienangebotes

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			einfach zugänglichen Informationen und Qualifizierungsangeboten.		
9	<b>Digitale Barrierefreiheit</b>	MSGIV	Zentrales Element und gleichzeitig übergreifendes Querschnittsziel der digitalen Transformation ist die Sicherstellung von digitaler Barrierefreiheit bei allen etablierten und neuen digitalen Anwendungen. Der Zugang und die selbstbestimmte, sichere und verantwortungsvolle Aneignung und Nutzung digitaler Anwendungen und Technologien, muss für alle Nutzergruppen sichergestellt werden. Das Ziel einer menschenzentrierten Digitalisierung gilt gleichermaßen für Informations-, Verwaltungs-, Bildungs- und Beratungsangebote. Gleichberechtigte Teilhabe wird so politikfeld- und ressortübergreifend gewährleistet. Bei der Umsetzung digitaler Barrierefreiheit hat Open Source Software (OSS) Vorrang.	<b>in Arbeit</b>	<p>Aktuell wurde die Überwachung für das MWAE (erster Meilenstein) angestoßen. Hier wurden bisher folgende Maßnahmen durchgeführt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>(1.) Anschreiben der Institution durch Überwachungsstelle</li> <li>(2.) Durchführen der Überwachung mit anschließender Dokumentation in Form eines Prüfberichtes</li> <li>(3.) Versenden des Prüfberichtes an die Institution</li> </ol> <p>Maßnahmen, welche in den kommenden vier Monaten noch umgesetzt werden müssen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>(4.) Virtueller Austausch zu den bestehenden Mängeln, welche im Prüfbericht angezeigt sind</li> <li>(5.) Erstellen eines Maßnahmenkatalogs</li> <li>(6.) Beseitigen der Mängel durch Redakteure oder Entwickler (in diesem Fall ZIT-BB)</li> <li>(7.) Aktualisieren der Erklärung zur Barrierefreiheit</li> </ol> <p>Nach dem Abschluss des ersten Meilensteins, wird der Punkt (1.) für die Staatskanzlei (zweiter Meilenstein) angestoßen.</p>



Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
10	<b>Mobile Verbraucherberatung (Digimobil)</b>	MSGIV	Das 2. Beratungsmobil fährt seit Februar 2022 16 Kommunen im Süden des Landes Brandenburg an. Damit ist die Verbraucherberatung und -information landesweit möglich. Ratsuchende Bürger*innen erhalten möglichst schnell, unkompliziert und komfortabel Hilfe bei ihrer Verbraucherfragen. Die Verbraucherzentrale Brandenburg bietet ihr komplettes Beratungsspektrum per Videochat an: von Verträgen & Reklamation, Digitalem & Telekommunikation, Finanz- & Versicherungsrecht, Reise & Freizeit, Lebensmittel & Ernährung, Energie bis hin zu deutsch-polnischem Verbraucherrecht. Die Verbraucher*innen im Digimobil kommunizieren per Video-Chat mit Verbraucherberater*innen. Eine Servicekraft im Digimobil weist in die Technik ein und steht jederzeit für Fragen zur Verfügung. Das Digimobil baut die Brücke vom Analogen (Marktfahrzeug) in die Digitale Welt (Videochat).	<b>umgesetzt</b>	Laufend: Terminvereinbarungen für die Beratungen in den Digimobilen und Durchführung der Video-Chat-Beratungen
11	<b>Digital FIT für Seniorenbeiräte</b>	MSGIV	Rund 170 kommunale Seniorenbeiräte sind im Land Brandenburg tätig, die die Interessen der Älteren aktiv vertreten. Für ihre Arbeit in den Kommunen wird die „digitale Souveränität“ zunehmend wichtiger. Um sich das dafür notwendige Wissen aneignen zu können, sind vor Ort „institutionalisierte“ Lernmöglichkeiten bereitzustellen. „Digital FIT für Seniorenbeiräte“ ist ein solches Angebot, das auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnitten ist und auf die Vermittlung digitaler Kompetenzen für eine wirksame Interessenvertretung zielt. Gleichzeitig sollen die Seniorenbeiräte über ihre Mitglieder als Multiplikatoren wirken, um weitere	<b>in Arbeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Start in 2021; wird im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel jährlich fortgesetzt</li> <li>- Projektträger ist die Akademie 2. Lebenshälfte (Geschäftsbereich Nord mit Sitz in Eberswalde).</li> <li>- Ursprüngliches Ziel: Schulung von jährlich 26 Seniorenbeiräten zu digitaler Kommunikation und Technik</li> <li>- tatsächliche Zahl der geschulten Seniorenbeiräte liegt in 2021 und 2022 darunter</li> </ul> Gründe: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen in der Corona-Pandemie</li> <li>• aufwändige Vorbereitungs- und Durchführungsphasen der individuellen Schulungen</li> </ul> - in 2023 Anpassung der Zielzahl: 20 geschulte

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			Seniorinnen und Senioren für die digitalen Möglichkeiten zu interessieren.		<p>Seniorenbeiräte/Jahr als Ziel</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Meilensteine nicht sinnvoll, da fortlaufendes Projekt, ggf. Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (inhaltlich und quantitativ im Rahmen verfügbarer Ressourcen)</li> </ul> <p>Stand Juni 2023:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Insgesamt sind nunmehr 41 Beiräte geschult bzw. die Schulungen finden zeitnah statt.</li> <li>- Im Projekt sind vier Dozent:innen tätig. Durch die Ausstattung mit 30 Tablets ist das Projekt in der Lage, in drei verschiedenen Regionen Tablets parallel „zu stationieren“ und vor Ort tätig zu werden.</li> <li>- Die digitalen Kompetenzen, die die Beiratsmitglieder bereits mitbringen, sind überaus unterschiedlich. Insgesamt lässt sich einschätzen, dass es inhaltlich um die Festigung und den Ausbau von Grundkenntnissen geht. Erstanwender:innen sind nicht so stark vertreten.</li> <li>- Neben den positiv auf das Schulungsangebot reagierenden Beiräten gibt es Seniorenbeiräte, die einschätzen, dass digitale Kompetenzen ausreichend vorhanden sind. Ferner gibt es eine Reihe von Beiräten, die grundsätzlich kein Interesse an einer Beschäftigung mit digitalen Medien haben. Öfter wird das hohe Alter oder das baldige Ausscheiden aus dem Beirat als Grund seitens der Mitglieder angegeben.</li> </ul>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
12	Smart Surfen	MSGIV	Das Projekt „Smart Surfen“ fördert die digitale Verbraucherkompetenz für ältere Verbraucher*innen und weitere Verbrauchergruppen zu digitalen Themen. In neun Modulen werden Themen wie Kommunikation, Unterhaltung, Datensicherheit, Onlineshopping aber auch Ethik im Internet an die Zielgruppen herangetragen. Das Projekt beginnt mit der Zielgruppe Senior*innen. In den Folgejahren soll der Projektansatz auch auf andere Zielgruppen, etwa Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen, ausgebaut werden.	in Arbeit	laufender Prozess: Aufbau und Pflege von Netzwerken
13	Digitale Suchtberatung	MSGIV	Seit einigen Jahren beschäftigen sich Akteur*innen der Suchtfachverbände sowie der Landesstellen für Suchtfragen bundesweit damit, wie digitale Tools und Assistenzsysteme die Arbeit in den Bereichen der Suchthilfe und Suchtprävention sinnvoll ergänzen können. Ihr Ziel ist es, Betroffene durch Online-Hilfsangebote frühzeitig zu erreichen und auch in strukturschwachen Regionen in Kombination mit Präsenzangeboten schwellenarm Unterstützung zu bieten. Seit Oktober 2022 testen vier Modellberatungsstellen im Land Brandenburg die Suchtberatungsplattform DigiSucht. Es ist geplant, in diesem Jahr weitere Suchtberatungsstellen an die Plattform anzuschließen. Die Brandenburgische Landesstelle für Suchtfragen e.V. (BLS) organisiert als Landeskoordinierungsstelle, gefördert durch das MSGIV, die Auswahl der Beratungsstellen für die Ausweitung des Modellbetriebs in Brandenburg und organisiert Info- und Fachveranstaltungen.	in Arbeit	Seit Oktober 2022 testen vier Modellberatungsstellen im Land Brandenburg die Suchtberatungsplattform DigiSucht. Es ist geplant, in diesem Jahr weitere Suchtberatungsstellen an die Plattform anzuschließen. Die BLS organisiert als Landeskoordinierungsstelle die Auswahl der Beratungsstellen für die Ausweitung des Modellbetriebs in Brandenburg. In der Informationsveranstaltung am 16.03.2023 wird der aktuelle Stand des DigiSucht Projektes vorgestellt und es wird ein Einblick in die Funktionen der DigiSucht Plattform gegeben. Darüber hinaus wird zur Weiterentwicklung des Projektes in Brandenburg informiert. Interessierte Suchtberatungsstellen haben nach der Veranstaltung die Möglichkeit, an einem Interessenbekundungsverfahren zum Anschluss an die DigiSucht Plattform teilzunehmen.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
14	<b>Unterstützung Schulen/ Schulträger bei Planung der Netzanbindung</b>	MBSJ	Die breitbandige Internetanbindung der Schulen in Brandenburg ist Voraussetzung zur Erreichung der Ziele im Bereich digital-unterstützender Bildung. Das Projekt zur Kartierung des Breitbandausbaus an Schulen der DigitalAgentur Brandenburg (DABB) beinhaltet die Abbildung des Status quo und des geplanten Breitbandanschlusses der Schulen in Brandenburg. Ziel ist es, einen schulscharfen Überblick zu den technischen Gegebenheiten vor Ort und der Ausbauplanungen der Internetanbindungen zu schaffen, soweit die Landkreise und kreisfreien Städte diese Daten zur Verfügung gestellt haben.	<b>umgesetzt</b>	<p>In der Anfangsphase der Erstellung des Digitalprogramms 2025 hat die DABB bereits eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Inhouse-Verkabelung und Vernetzung von Schulen“ zusammen mit dem Gigabitbüro des Bundes durchgeführt. An den sieben Terminen nahmen jeweils ca. 20-30 Kommunalvertreterinnen und -vertreter teil.</p> <p>Die Zuständigkeit für die Glasfaser/Breitband-Förderung liegt beim MWAE. In einem Sonderaufruf im Rahmen der Förderung wurde die Anbindung aller Schulen gefördert. Das MBSJ hat entsprechend für alle Schulen/Schulstandorte die Geo-Daten zugestellt.</p> <p>Im Schuljahr 2023/24 führt das MBSJ wieder eine IT-Ausstattungserhebung durch. In dieser wird auch die Breitbandanbindung an den Schulen abgefragt, unter Einbindung der Schulträger.</p>
15	<b>Außer-schulische Jugendbildung (mgl. Schwerpunkt digitale Jugendbeteiligung)</b>	MBSJ	Ziel des Projekts ist es, mit der Vorstellung von innovativen Formaten digitaler Bildung kommunalen Einrichtungen der Jugendarbeit Impulse zur zeitgemäßen Weiterentwicklung ihrer Arbeit zu geben und damit einen Beitrag zur digitalen Teilhabe zu leisten und die Digitalkompetenz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu stärken. Parallel dazu sollen durch regionale Veranstaltungen die Träger dieser Einrichtungen adressiert werden, um im interkommunalen Austausch ein Verständnis für den Bedarf nach Angeboten digitaler Jugendarbeit zu entwickeln und dieses Handlungsfeld in lokale Digitalisierungsstrategien einzubeziehen.	<b>in Arbeit</b>	Es hat bereits eine Veranstaltung mit Trägern dieser Einrichtungen im Jahr 2023 stattgefunden. Eine weitere Veranstaltung soll noch folgen. Konkretere Aussagen zum Projektverlauf können erst zum Jahresende hin getätigt werden.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
16	<b>Digitalisierung der Gesundheitsämter</b>	MSGIV	<p>Im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter (bis Juni 2022) und der Vereinbarung zur Umsetzung des Förderprogramms Digitalisierung im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (bis Ende 2026) werden jedem Gesundheitsamt Fördermittel zur Erhöhung der digitalen Reife sowie der technischen und prozessualen Modernisierung zur Verfügung gestellt. Notwendige digitale Infrastruktur und elektronische Meldesysteme werden geschaffen. Insbesondere steht eine Steigerung der Interoperabilität der Verfahren und Fachanwendungen sowie eine Modernisierung der Abläufe und Prozesse im Fokus. Als weitere inhaltliche und investive Handlungsschwerpunkte sind zu nennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- digitale Arbeitsgeräte und deren Zubehör, insbesondere stationäre oder mobile Endgeräte</li> <li>- Software</li> <li>- Konferenzlösungen wie Videosysteme, Anzeige- und Interaktionsgeräte</li> <li>- Kommunikations- und Arbeitsplattformen, Portale, Cloudangebote sowie digitale Fortbildungsangebote</li> <li>- Systeme, Werkzeuge und Dienste zur Verbesserung bestehender Angebote, der Service-Qualität oder der Interoperabilität digitaler Infrastrukturen</li> <li>- Aufbau und Verbesserung weiterer technischer Ausstattung sowie der digitalen Vernetzung der Gesundheitsämter.</li> </ul>	<b>in Arbeit</b>	<p>Die Verwaltungsvereinbarung zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter wurde abgeschlossen. Die "Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Umsetzung des Förderprogramms Digitalisierung im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienstes" gliedert sich in einen Teil A mit allgemeine Festlegungen, Teil B mit Ausführungen über Finanzhilfen und Teil C über die Ausgestaltung von Förderprogrammen des Bundes. Teil A wurde u.a. mit den Meldeportalen (MS 2 &amp; MS 3) und der Investitionsförderrichtlinie (MS 5) umgesetzt. Im Rahmen des Teil C erfolgt aktuell die Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie für den ÖGD des Landes Brandenburg in engem Austausch allen Einrichtungen des ÖGD auf kommunaler und Landesebene. Die Vereinbarungen mit dem Bund (MS 1) gelten bis zum 31.12.2026. Es wurden seitens des Bundes weitere Fördermaßnahmen zur Digitalisierung des ÖGD in Aussicht gestellt, über deren Inhalte aktuell keine weiterführenden Informationen vorliegen.</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
17	<b>Digitales Leitkrankenhaus</b>	MWFK	Das Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC) soll aus der Universitätsmedizin Cottbus/Chóšebuz und einem digital unterstützten Netzwerk der Gesundheitsakteure in der Modellregion Gesundheit Lausitz bestehen. Neben dem Ausbau des CTK zu einem Universitätsklinikum sollen dort auch umfangreiche digitale Strukturen aufgebaut werden, um die Voraussetzung für das Netzwerk in der Region zu schaffen. Das CTK soll dazu über die gesetzlich geforderten Maßnahmen hinaus digital aufgerüstet und zu einem Digitalen Leitkrankenhaus ausgebaut werden. Es soll zudem die Weiterentwicklung der Versorgung durch innovative Datennutzung in der Forschung und Lehre der Universitätsmedizin gestalten. Das Digitale Leitkrankenhaus bildet somit die Schnittstelle zwischen moderner medizinischer Versorgung und Gesundheitswissenschaftlicher und klinischer Forschung am IUC.	<b>in Arbeit</b>	Das Konzept für die erste Stufe des Ausbaus des CTK zu einem Digitalen Leitkrankenhaus liegt vor. Die Projektierung der weiteren Stufen bis zum geplanten Endausbau 2038 folgt.  Für die Finanzierung der ersten Ausbaustufe sind vom CTK Fördermittel für Investitionskosten im Förderarm 1 des Investitionsgesetzes Kohleregionen beantragt worden. Im Zuge dessen wurde von der Interministeriellen Arbeitsgruppe Lausitz im Dezember 2022 die grundsätzliche Förderwürdigkeit mit Maßgaben festgestellt. Die Erfüllung der Maßgaben erfolgt derzeit durch das CTK in Abstimmung mit den betroffenen Ressorts. Weiterhin wurden flankierende Personal- und Sachkosten der ersten Ausbaustufe bei der STARK Richtlinie des Bundes beantragt.
18	<b>Transfer- initiierung zur Sicherstellung der Gesundheits- versorgung in ländlichen Räumen</b>	MSGIV	Mit Mitteln der Strukturförderung in der Lausitz soll das Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC) als Kern der Modellregion Gesundheit Lausitz aufgesetzt werden, welches den Aufbau einer medizinischen Fakultät an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und den Ausbau des Carl-Thiem-Klinikum Cottbus (CTK) zu einem Universitätsklinikum und digitalem Leitkrankenhaus umfasst. Das CTK soll zukünftig für eine versorgungsprekäre Region - die Lausitz - eine Vernetzung zwischen Leitkrankenhaus und der Fläche mit digitalen Tools zur Sicherung der Gesundheitsversorgung herstellen. Durch die	<b>umgesetzt</b>	Die DABB ist Bündnispartnerin im com(m) 2020 / WIR (Wandel durch Innovation in der Region) initiiert von Thiem Research mit einer Laufzeit bis 2024 und nahm an den Sitzungen im Jahr 2022 teil. Die DABB nahm an den WRL Werkstätten Daseinsvorsorge der Lausitz teil. Die DABB hat wichtige Akteure der Lausitz zu Beiträgen bei der Landeskonferenz Digitalisierung im Gesundheitswesen angeregt. Zudem hat die DABB einen Austausch zwischen volucap und Thiem Research zum Einsatz und den Erkenntnissen von Therapiewirkungen durch fotorealistische 3D-Avatare initiiert.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			Verzahnung von etablierten und entstehenden Projekten zur Gesundheitsförderung und Prävention mit Projekten zur medizinischen Versorgung soll die Entstehung von kommunalen Gesamtkonzepten zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum gefördert werden. Ziel ist die Initiierung und Entwickeln von Projekten, um die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen zu sichern sowie die Vernetzung von relevanten Akteuren.		
19	<b>AG Digitalisierung (Bereich Pflege)</b>	MSGIV	Der Landespflegeausschuss hat in seiner Sitzung am 29.11.2018 die Einrichtung einer AG Digitalisierung in der Pflege beschlossen.  Ziele: Vorauswahl von zu bearbeitenden Themen, Sammlung vorhandener IKT-Anwendungen in der Pflege ggf. unter Einbeziehung der Schnittstellen zum Bereich Gesundheit, Entwicklung einer Informationsplattform.	<b>in Arbeit</b>	fortlaufende Maßnahme.  Das Land hat keine Zuständigkeit für die Digitalisierung der Einrichtungen in der Pflege. Diese liegt beim Bund, welcher die rechtlichen Rahmenbedingungen sowohl leistungsseitig als auch technisch regelt. Die Einrichtungen agieren auf dieser Grundlage in eigener Verantwortung. Die AG dient daher als begleitende Plattform zum Austausch interessierter Beteiligter, verfolgt aber kein eigenständiges inhaltliches Arbeitsprogramm.
20	<b>Datenerfassung und -aufbereitung zur Digitalisierung in Pflegeeinrichtungen</b>	MSGIV	Im Rahmen einer Analyse der Digitalisierung in stationären Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen im Land Brandenburg sollen der Status quo der Digitalisierung und das Nutzungsverhalten in den Einrichtungen erfasst werden. Mit diesen Informationen wird ein Überblick über die Digitalisierung im stationären Pflegesektor erstellt. Zukünftige Initiativen können pass- und zielgenaue Angebote für die Einrichtungen schaffen. Hierzu werden u.a. die Themenbereiche Infrastruktur, technische Ausstattung und Organisation, Nutzen der Digitalisierung und	<b>in Arbeit</b>	2022 wurde ein Fragebogen durch die DABB ausgearbeitet, getestet und an alle über 350 (voll)stationären Pflegeeinrichtungen zur Teilnahme versandt. In zwei Reminder-Schreiben wurde an die laufende Befragung erinnert. Über einen breiten Verteilerkreis mit relevanten Akteuren wurde auf die Befragung aufmerksam gemacht. Insgesamt lagen 95 auswertbare Fragebögen vor. Die Auswertung der Daten und die Erstellung des Ergebnisberichtes sind abgeschlossen. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Website der DABB und ist über folgenden Link abrufbar: <a href="https://www.digital-">https://www.digital-</a>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			Unterstützungsmöglichkeiten (Weiterbildungen/ technischer Support/ Fördermöglichkeiten), Hemmnisse und Barrieren, Geräteausstattung und Nutzungsverhalten der Pflegeheimbewohner:innen sowie Wünsche und Visionen in den Einrichtungen analysiert.		agentur.de/bereiche/digitalisierung-in-gesundheit-und-soziales/services/ergebnisbericht-digital-radar-pflege.
21	<b>Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung „DigitalPakt Schule 2019-2024“ einschließlich Zusatzvereinbarungen</b>	MBSJ	In Brandenburg stehen 151 Mio. Euro aus Bundesmitteln für die digitale Ausstattung von Schulen sowie für landesweite und länderübergreifende Maßnahmen zur Verfügung (Basis-DigitalPakt). Die Umsetzung des Förderprogramms soll bis Ende 2026 abgeschlossen sein. Die durch die Zusatzvereinbarung „Administration“ (Annex II) beschlossene Förderung für Brandenburg beträgt rund 15,1 Mio. Euro. Diese stehen für die Ausbildung und Finanzierung von IT-Administrator*innen zur Verfügung – sie sollen die Schulen bei der Wartung und Pflege der eingesetzten Technik unterstützen. Zusätzlich wurde die Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung „Leihgeräte für Lehrkräfte“ mit dem Ziel beschlossen, die Lehrkräfte mit digitalen mobilen Endgeräten auszustatten (Annex III). Brandenburg stehen hierfür weitere 15,1 Mio. Euro zur Verfügung. Im Rahmen des „Sofortausstattungsprogramms“ wurden Brandenburg Bundesmittel in Höhe von 15,1 Mio. Euro zur Ausstattung mit mobilen Endgeräten für Schüler*innen, die lernmittelbefreit sind, zur Verfügung gestellt (Annex I). Zusätzlich investiert das Land mit einem landeseigenen Förderprogramm 23 Mio. Euro in die Ausstattung von Schüler*innen mit schulgebundenen digitalen mobilen Endgeräten.	<b>in Arbeit</b>	<p>Mit Stand vom 31. Mai 2023 wurden im Rahmen des DigitalPakts Schule Fördermittel in Höhe von 181 Millionen Euro (89 Prozent) bewilligt. Insgesamt wurden bislang über 31 Prozent abgerufen (63 Millionen Euro).</p> <p>Basis-DigitalPakt: Im sogenannten Basis-DigitalPakt zur Ausstattungsförderung konnten 130,8 Millionen Euro bewilligt werden. Davon wurden 24 Prozent der Mittel (31 Millionen Euro) bereits abgerufen und sind in den Schulen angekommen. Diese Mittel fließen unter anderem in den WLAN-Ausbau und in Präsentationsgeräte – die digitale Basisausstattung der Schulen. Derzeit ist eine zweite Antragsrunde zur Ausreichung von Restmitteln in Vorbereitung.</p> <p>Annex I: Während der Corona-Pandemie wurden über das Sofortausstattungsprogramm (Annex I) zusätzliche Mittel zur Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit Endgeräten im Herbst 2020 zur Verfügung gestellt: Insgesamt 16,1 Millionen Euro wurden an 261 Schulträger ausgezahlt, die dafür über 24.000 mobile Endgeräte zur Ausleihe an Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien angeschafft haben.</p>



Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
					<p>Annex II: Um die Schulträger beim Aufbau professioneller Strukturen zur schulischen IT-Administration zu unterstützen, stehen für die Personalkosten der Administration der über den DigitalPakt Schule beschafften Geräte aus der Zusatzvereinbarung „Administration“ mehr als 15 Millionen Euro Fördermittel bereit. Die Anträge hierfür können nach wie vor bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg eingereicht werden. Bislang wurden daraus rund 8 Millionen Euro bewilligt.</p> <p>Annex III: Auch für die Ausstattung der Schulen mit Endgeräten für die Lehrkräfte konnten im Rahmen des Digitalpakts Schule Fördermittel beantragt werden (Annex III – „Leihgeräte für Lehrkräfte“). Für ca. 7.500 Endgeräte wurden 9,2 Millionen Euro bewilligt.</p>
22	<b>Smart City Manager*in</b>	MIL	Qualifizierung von insg. 45 Verwaltungsmitarbeiter*innen aus Brandenburger Kommunen zu Themen der Digitalen Transformation	<b>umgesetzt</b>	Inhalte des QP sollen für eine Verstetigung bzw. Nachnutzung an das BMWBS übergeben werden. Derzeit werden noch Unklarheiten bzgl. der Urheber- bzw. Nachnutzungsrechte geklärt.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
23	<b>Fachliche Begleitung bei relevanten Fördermöglichkeiten für Smart Cities/Smart Regions</b>	MIL	Service der DABB zur Unterstützung brandenburgischer Kommunen bei der Ausgestaltung von Förderanträgen bzw. Wettbewerbsbeiträgen im Kontext Smart City, bspw. im Zusammenhang mit den Modellprojekten Smart City (BMI) oder dem Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen (BMEL).	<b>in Arbeit</b>	Dauerhaftes Beratungsangebot. Aktuell (06/2023) stehen keine Fördermöglichkeiten seitens BMI / BMWBS / BMEL bereit, so dass zur Zeit keine neuen Kommunen bei Förderanträgen begleitet werden. DABB begleitet hingegen dauerhaft die MPSC-Kommunen im Kontext Transfer und unterstützt das MIL bei "Meine Stadt der Zukunft", 2. Staffel.
24	<b>Begleitung der Kommunen bei der Entwicklung einer Digitalstrategie</b>	MIL	Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, das alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge berührt. Viele Kommunen machen sich daher auf den Weg, dies strategisch zu verankern und entwickeln eine eigene Agenda, um die politischen und fachlichen Leitplanken für die digitale Transformation zu setzen. Die DigitalAgentur entwickelt das Themenfeld der Digitalstrategien aus den Anforderungen smarter Städte und Regionen. Diese Perspektive verfolgt einen ganzheitlichen Entwicklungsanspruch für Städte und Gemeinden und umfasst folglich zahlreiche Handlungsfelder der Stadt- und Regionalentwicklung. Beteiligt sind dabei stets Stakeholder aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die häufig bestehenden integrierten Stadtentwicklungskonzepte sind ein guter Ausgangspunkt der strategischen Entwicklung einer Kommune in das digitale Zeitalter – aber keine zwingende Voraussetzung.	<b>in Arbeit</b>	Dauerhaftes Beratungsangebot der DABB für Kommune auf Basis eines breiten Portfolios (u. a. Schnell-Check, "Baukasten"), siehe: <a href="https://www.digital-agentur.de/dabb-services-ueberblick">https://www.digital-agentur.de/dabb-services-ueberblick</a> . Die methodischen Ansätze werden ständig weiterentwickelt und das Angebot auch in 2024 fortgeführt. Aus Sicht des MIL ist das Angebot ein wertvoller Beitrag für die Entwicklung strategischer Grundlagen zur Mitgestaltung der Digitalen Transformation in den Kommunen.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
25	Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“	MIL	Die Landesinitiative "Meine Stadt der Zukunft" dient der Förderung von brandenburgischen Modellvorhaben bei Konzepten, die sich mit Zukunftsfragen der Stadtentwicklung befassen. Digitalisierung ist dabei ein zentrales Querschnittsthema.	umgesetzt	"MSdZ" wurde in 2023 in einer neuen Runde aufgelegt und wird 7-8 Kommunen bis Ende 2025 begleiten. Die Auslobung der neuen Staffel fand am 17.5.2023 statt, Ende September 2023 werden die neuen Modellvorhaben bekanntgegeben. Das Vorhaben, wie es im #dp25 verankert ist, wurde erfolgreich abgeschlossen und gilt damit als "umgesetzt".
26	Fortschreibung der Mobilitätsstrategie 2030	MIL	Bis voraussichtlich zum Ende des 4. Quartals 2022 soll die Mobilitätsstrategie 2030 des Landes Brandenburg überarbeitet werden. Der Digitalisierung als übergreifendem Querschnittsthema kommt dabei eine zentrale Rolle zu: Für eine nachhaltigere, bedarfsgerechte Mobilität und einen attraktiven Umweltverbund sollen u. a. multimodale Mobilitätsplattformen, flexible Bedienangebote (On-Demand, Sharing) und digitale Vertriebswege einen wichtigen Beitrag leisten. Auch die Berücksichtigung mobilitätseingeschränkter Verkehrsteilnehmer*innen ist ein weiterer, wichtiger Aspekt der Strategie.	in Arbeit	Nach erfolgter Online-Beteiligung Anfang des Jahres 2023 ist derzeit die Endredaktion der Strategie im Gange.
27	Digitale Transformation von Kultureinrichtungen	MWFK	Kulturschaffende Einrichtungen sowie Künstler*innen aller Sparten werden durch gezielte Fördermaßnahmen, Vernetzung und Beratung dabei unterstützt, in die digitale Transformation einzutreten, u. a. durch: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung der Entwicklung eigener Digitalstrategien an Kultureinrichtungen</li> <li>- Investive Förderung zeitgemäßer digitaler Infrastruktur an den Kultureinrichtungen</li> <li>- Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema Digitalisierung</li> <li>- Vernetzung und Ausbau des digitalen Kulturangebots über digitale Plattformen</li> </ul>	in Arbeit	Laufende Strategische Diskussionen mit Einrichtungen im Kulturbereich; Förderungen durch das MWFK.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung von prototypischen und experimentellen Projekten zum Thema Digitalisierung</li> <li>- Auf- und Ausbau kollaborativer Verbünde und kollegialer Netzwerke</li> </ul>		
28	<b>Das kulturelle Erbe digital sichern und bewahren, zugänglich und erlebbar machen</b>	MWFK	<p>Kultureinrichtungen wie Archive, Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten oder die Denkmalpflege werden durch folgende Maßnahmen unterstützt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Projektförderungen zur digitalen Erschließung und retrospektiven Digitalisierung analoger Originale, ihrer Präsentation und ihrer Speicherung</li> <li>- Beteiligung des Landes an der Bund-Länder-finanzierten Plattform Deutsche Digitale Bibliothek (DDB)</li> <li>- Förderung der Entwicklung und der Etablierung eines Digitalen Verbundmagazins Brandenburg (DVM-BB) für die Langzeitarchivierung von digitalem Kulturgut</li> <li>- Ausbau von Fortbildungs- und Beratungsangeboten zu Digitalisierungsthemen an Fachstellen des Landes</li> </ul>	<b>in Arbeit</b>	Laufende Förderungen zur Digitalisierung analoger (Kulturgüter-)Werke.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
29	<b>Entwicklung von Nutzungsmöglichkeiten für kommunale und öffentliche Archive am Verbundsystem der Digitalen Archivierung Nord</b>	MWFK	Aufbau von DAN-Magazinpartnerschaften für die Träger öffentlicher Archive im Land Brandenburg. Pilotphase zur Einrichtung einer Fachlichen Leitstelle am Brandenburgischen Landeshautarchiv, zur Erprobung der digitalen Archivierung und zur Entwicklung eines Betriebskonzeptes.	<b>in Arbeit</b>	Es handelt sich um ein Pilotprojekt. Der Zwischenbericht wurde zum 31.03.23 vorgelegt.
30	<b>Kooperationsplattform KI-Brandenburg</b>	MWFK	Im Rahmen der Landesstrategie wird angestrebt sowohl eine Übersicht der KI-Aktivitäten des Landes Brandenburg darzustellen als auch einzelne Akteure sichtbar zu machen, über die wichtigsten Veranstaltungen zu informieren, als auch die Akteure untereinander zu vernetzen.	<b>in Arbeit</b>	sukzessiver Aufbau der Plattform (Landingpage, Atlas/Landkarte, Bespielung/Befüllung mit Projekten usw.).
31	<b>Kooperationsplattform Brandenburg für kommunale Vernetzung</b>	StK	Die Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) und die DigitalAgentur Brandenburg rufen eine Kooperationsplattform Brandenburg ins Leben, um einen virtuellen Begegnungsraum für die verschiedenen Akteure im Bundesland zu schaffen. Künftig können Kommunen Digitale Lösungen wie der Maerker oder die Smart-Village-App auf der Kooperationsplattform Brandenburg teilen, sich miteinander vernetzen und Impulse aus der Forschung und der freien Wirtschaft erhalten.	<b>umgesetzt</b>	Die Kooperationsplattform steht zur Nutzung unter <a href="https://digitalisierung-brandenburg.de/">https://digitalisierung-brandenburg.de/</a> bereit.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
32	<b>Den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärker in der digitalen Welt verankern</b>	StK	Eine staatsvertragliche Einzelbeauftragung jedes einzelnen Rundfunkprogramms passt nicht mehr zum geänderten Nutzungsverhalten der Menschen. Die Länder sorgen für die rechtlichen Rahmenbedingungen, damit die Rundfunkanstalten bestimmte Programme in Online-Formate überführen können.	<b>umgesetzt</b>	Die Ratifikationsverfahren sind inzwischen abgeschlossen.
33	<b>Nachhaltige Lebensmittelkette – digitale Lösungen</b>	MLUK	Zur Umsetzung digitaler Lösungen für Nachhaltige Lebensmittelketten soll die Lausitz als Modellregion für faire nachhaltige regionale Wertschöpfungsketten in der Lebensmittelwirtschaft entwickelt werden. Ziel ist die Unterstützung der ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Transformation der Kohleregion Lausitz. Dazu soll die Agrar- und Ernährungswirtschaft (AEW) der Lausitz zu einer international sichtbaren Modellregion einer treibhausgasneutralen, ressourceneffizienten und nachhaltigen Entwicklung beispielhafter kurzkettiger Wertschöpfungsketten werden. Green Deal, Nachhaltigkeits- und Klimaverpflichtungen, regionale Strategien und Neuausrichtungen von Förderinstrumenten werden berücksichtigt. Es bestehen Informationslücken in Bezug auf z. B. Warenströme oder Verarbeitungsmöglichkeiten etc. und vor allem fehlen Informationen zur Logistik. Mittels künstlicher Intelligenz (KI) können Engpässe identifiziert werden. Smarte Datenerhebung der Unternehmen ermöglicht zudem die Bewertung z. B. des Carbon Footprint oder der Energiebilanz.	<b>in Arbeit</b>	Die Entwicklung der Lausitz als Modellregion der Agrar- und Ernährungswirtschaft mittels digitaler und KI-Methoden kann über eine Finanzierung mit Hilfe der Richtlinie STARK erfolgen. Der Titel „Wertegesellschaft“ bezieht sich auf die Merkmale, die die Produkte auszeichnet. Die digitale Listung der Produkte soll mit den sozialen Anforderungen in Einklang gebracht werden.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			Ein fünfjähriger Kooperationsvertrag zwischen dem Deutschen GeoForschungs- Zentrum (GFZ) und dem MLUK soll dazu dienen, weitere technologische, digitale Lösungen zu identifizieren, um die Klimaresilienz zu erhöhen und den Einsatz von Betriebsmitteln (beispielsweise Pestizide, Düngemittel) bei der Urproduktion am Beginn der Wertschöpfungskette zu optimieren. Klima- und Umweltergebnisse sollen so verbessert werden.		
34	<b>Digitales Arten-Monitoring</b>	MLUK	Kern der Maßnahme ist die Erhebung von Bestandszahlen invasiver bzw. geschützter Arten, u. a. für den Wolf, durch unterschiedliche interessierte Personengruppen, wie z. B. Bürger*innen und Fachleute. Der digitale Meldeweg wird eine verlässliche Basis zum Monitoring der Arten bieten und gleichzeitig die digitale Aufbereitung und Weiterverarbeitung der Daten innerhalb der öffentlichen Verwaltung erleichtern.	<b>in Arbeit</b>	Aufgrund des erhöhten Abstimmungsbedarfs mit den Fachbehörden des Landes und des Bundes zur Umsetzung und Anbindung des IT-Fachverfahrens kam es zu zeitlichen Verzögerungen. Nächster Meilenstein: Es ist vorgesehen, die Ausschreibung in diesem Kalenderjahr zu veröffentlichen und die Projektbearbeitung zu beginnen.
35	<b>Gesamt-betriebliche Qualitäts-Sicherung für land-wirtschaftliche Unternehmen (GQS Hof-Check)</b>	MLUK	PC-Programm bzw. Internetanwendung. Die Gesamtbetriebliche Qualitäts-Sicherung ist ein Eigenkontroll- und Dokumentationswerkzeug für landwirtschaftliche Unternehmen. Die Zielgruppe sind landwirtschaftliche Unternehmen. Die Nutzung erfolgt freiwillig. Das Tool ist selbsterklärend und kann grundsätzlich ohne fremde Hilfe genutzt werden, bietet sich aber auch als optimale Ergänzung bei Beratungen an.	<b>wird nicht weiterverfolgt</b>	Auf Grund nicht vorhandener personeller Kapazitäten wird das Projekt nicht weiter verfolgt.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
36	Green-IT Strategie in Brandenburg	MIK	<p>Das Land Brandenburg ist in der Kooperationsgruppe „Green IT“ des IT-Planungsrats vertreten. Die Kooperationsgruppe hatte im März 2021 die Eckpunkte eines Strategiekonzepts zur Green-IT vorgelegt. Auf dieser Basis wurden bereits erste individuelle Ressort-Maßnahmen von der Landesverwaltung Brandenburg im Rahmen einzelner Ressort-Digitalisierungsstrategien angewandt. Weiterhin wurde in der aktuellen Fortschreibung der IT-Standards 2021 ein entsprechendes neues Kapitel „Green IT“ eingearbeitet. Dieses ist bei der Herstellung, Nutzung und Entsorgung von IT zu berücksichtigen.</p> <p>Die Green-IT Strategie soll im IT-Planungsrat weiterentwickelt werden. Ziel ist es, diese Strategie zur IT-PLR-Sitzung im Oktober 2022 beschlussfähig vorzulegen. Anschließend sollen im Land Brandenburg auch daraus resultierende neue Anforderungen im Sinne eines einheitlichen verwaltungsübergreifenden Standardisierungsbeschlusses in zukünftigen IT-Standardfortschreibungen berücksichtigt werden. Damit ist die Green-IT-Strategie des IT-Planungsrates eine wichtige Grundlage für die Fertigstellung der Landesstrategie Green IT Brandenburg. Zudem sind die Green-IT-Standards entsprechend des brandenburgischen E-Government-Gesetz durch die brandenburgische Verwaltung zu erfüllen. Die Digitalisierungsstrategien der Ressorts wären dann entsprechend anzupassen.</p> <p>Die Kooperationsgruppe „Green-IT“ legen den Fokus auf die Verbesserung von Rechenzentren. Die Entwicklung des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) unterstützt die</p>	in Arbeit	Die Erstellung eines Zeitplans steht in direkter Abhängigkeit mit dem Erlass des Bundesgesetzes zur Steigerung der Energieeffizienz, Verbesserung des Klimaschutzes im Immissionsschutzrecht und zur Umsetzung von EU-Recht (EnEfG). Das EnEfG soll Regelungen und Vorgaben zum Betrieb von Rechenzentren enthalten. Der klimaneutrale Betrieb von Rechenzentren soll ein Hauptziel mit eindeutiger Terminierung sein. Ohne konkrete Kenntnisse zum Inhalt des Gesetzes und deren Terminierungen ist eine Planung auf Landesebene nicht möglich.



Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			Ziele zur Senkung des Stromverbrauchs und die Einsparungen von Emissionen in Rechenzentren.		
37	<b>Ökobilanz-Dashboard für Kommunen pilotieren</b>	MLUK	Das Projekt ist in Phasen geteilt: Die Recherchephase wurde Ende April abgeschlossen, die Erkenntnisse aufbereitet und für die 2. Phase bereitgestellt. Mit dem Ziel, einen Prototypen zu bauen, wurde eine umfassende Marktrecherche erstellt, die Anforderungen der Kommunen wurden in Funktionen übersetzt und dann in einem prototypischen Klickdummy umgesetzt (über die DABB-Webseite erreichbar). Durch den begleitenden Austausch mit allen Stakeholdern (Interviews, Fachrunden, Workshops, beteiligt waren u. a. MLUK, LfU, Energieagentur, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag, Energieagentur, verschiedene Kommunen) konnten Lösungsansätze und Umsetzungsszenarien erarbeitet werden, die in 2023 verstetigt werden können. Alle Arbeitsergebnisse sind öffentlich, so dass die Ergebnisse für die Umsetzung ebenso wie strategische Planungen wie den Klimaplan genutzt werden können.	<b>umgesetzt</b>	Das Projekt hat gezeigt, dass der Einsatz eines digitalen Tools zur Unterstützung der Kommunen beim strategischen Klimaschutz sinnvoll ist, daher ist ein Folgeprojekt angelaufen, das die technische Umsetzung ermöglichen soll. Das Folgeprojekt heißt: Verstetigung Klimamonitor für Kommunen. Es ist jetzt abgeschlossen, da es nicht zu einer landesübergreifenden Umsetzung kam.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
38	<b>Weiß-Flecken-Ausbau über die Richtlinie des Bundes</b>	MWAE	"Weiß-Flecken"-Ausbau über die Richtlinie des Bundes. Bei "weißen Flecken" handelt es sich um Gebiete mit einer Internetversorgung von weniger als 30 Megabit pro Sekunde (im Download).	<b>in Arbeit</b>	<p>Das Förderprogramm des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ (Weiß-Flecken-Förderung/WFF), das bei einem Gesamtinvestitionsvolumen i. H. v. rd. 1 Mrd. EUR neben dem Bundeszuschuss i. H. v. knapp 580 Mio. EUR durch Landesmittel in Höhe von gut 355 Mio. EUR kofinanziert wird, verfolgt das Ziel auch im Land Brandenburg hochleistungsfähige Gigabitnetze in unterversorgten Gebieten auszubauen. Alle 14 brandenburgischen Landkreise und die 3 kreisfreien Städte Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel haben sich mit insgesamt 37 Ausbauprojekten beteiligt. Erste Projektgebiete (kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder), Landkreis Dahme-Spreewald, Stadt Schwedt) konnten im Berichtszeitraum realisiert werden. Sukzessive werden in den kommenden Jahren bis zu rd. 145.000 Haushalte mit FTTH/B-Technologie über die Förderung ausgebaut werden.</p> <p>Es wird erwartet, dass damit weitestgehend die weißen Flecken bis 2026 ertüchtigt werden und somit im Rahmen der förderrechtlichen Möglichkeiten ein bedeutender Meilenstein zum flächendeckenden Netzausbau erreicht werden kann.</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
39	<b>Graue-Flecken-Ausbau über die Richtlinie des Bundes</b>	MWAE	"Graue-Flecken"-Ausbau über die Richtlinie des Bundes ab 2023. Ab diesem Zeitpunkt handelt es sich um "graue Flecken" in Gebieten mit einer Internetversorgung von weniger als 200 Megabit pro Sekunde symmetrisch. Es wird die Förderung der Gigabitschließung in bestehenden "grauen Flecken" erfolgen (u. a. im Rahmen des JTFs). Dies führt zur Schließung von Breitbandinfrastrukturen zur Ermöglichung einer optimierten Breitbandversorgung zur Sicherung der Standortattraktivität und damit Erschließung neuer Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für die durch den Braunkohleausstieg betroffenen Regionen und Menschen.	<b>in Arbeit</b>	Mit Datum vom 31.03.2023 trat die Richtlinie des BMDV zum Gigabitausbau „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (Gigabit-RL 2.0 bzw. Graue Flecken) in Kraft. Das Land beabsichtigt, sich finanziell mit anteiligen Zuwendungen zu beteiligen. Die Finanzierung soll für die Lausitzregionen aus JTF-Mitteln, für alle anderen brandenburgischen Gebiete aus Landesmitteln erfolgen. Dafür werden derzeit zwei Förderprogramme (Fördergrundsätze) erarbeitet. Die Breitbandverantwortlichen sind entsprechend informiert. Erste Gebietskörperschaften bereiten ihre Projektvorhaben vor.
40	<b>Fortführung der Fördergegenstände in BIG-Digital</b>	MWAE	Mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen einschließlich Handwerksbetrieben zu stärken, erfolgte im Jahr 2017 eine Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums des MWAE durch Ergänzung der Richtlinie für das Programm „Brandenburgischer Innovationsgutschein (BIG)“ um den neuen Fördergegenstand ‚BIG-Digital‘. Gefördert werden die Beratung, die Umsetzung konkreter Digitalisierungsprozesse (einschließlich erforderlicher Hard- und Software) sowie Schulungen. Die Förderung von Digitalisierungsprojekten soll über das Laufzeitende der aktuell gültigen BIG-Richtlinie (31.12.2023) hinaus auf Grundlage einer neuen Richtlinie ‚BIG-Digital‘ fortgesetzt werden.	<b>umgesetzt</b>	Die Weiterentwicklung der Förderinstrumente im Rahmen der 2017 in Kraft gesetzten, 2018 geänderten und im Dezember 2020 bis Ende 2023 verlängerten BIG-Richtlinie konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Zur Fortsetzung der Förderung von Digitalisierungsprojekten über 2023 hinaus ist die Inkraftsetzung einer neuen Richtlinie ‚BIG-Digital‘ vorgesehen (Termin: 12/2023). Die Arbeiten zur Vorbereitung der bis Ende 2023 geplanten Inkraftsetzung einer neuen Richtlinie haben begonnen und werden fortgesetzt.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
41	<b>Förderung von Innovations- und Kompetenzzentren</b>	MWAE	Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Wissens- und Technologietransfers und von Maßnahmen des Clustermanagements (WTT-Richtlinie). Auf Grundlage der Ende 2021 ausgelaufenen WTT-Richtlinie wurden Kompetenzzentren wie IMI, Digitalwerk und KITS gefördert. Mit der in 2022 neu in Kraft getretenen Richtlinie wird die Förderung der Kompetenzzentren fortgesetzt und kontinuierlich an den Bedarfen der Unternehmen und Betriebe ausgerichtet werden.	<b>umgesetzt</b>	Die überarbeitete WTT-Richtlinie wurde mit Unterzeichnung am 17.11.2022 in Kraft gesetzt. Eine Antragstellung auf Projektförderung von Kompetenzzentren auf der Grundlage der neuen Richtlinie ist nun möglich.
42	<b>Wettbewerb Digitale Orte</b>	MWAE	Ziel des Vorhabens ist das Aufsetzen eines Wettbewerbs zu Digitalen Orten von mindestens einem Call. Dabei findet eine enge Verzahnung mit der Ende 2021 veröffentlichten Studie „Digitale Orte in Brandenburg“ statt, in der auf Wettbewerbsverfahren als geeignetes Förderinstrument verwiesen wird.	<b>umgesetzt</b>	Der erste Call des Wettbewerbs "Digitale Orte in Brandenburg: Innovativ. Offen. Regional." konnte in 2022 abgeschlossen werden. Resultierend wurden sechs Projekte im gesamten Land Brandenburg prämiert, die in den Jahren 2023 und 2024 durch eine Förderung des MWAE unterstützt werden. Die Durchführung von weiteren Calls befindet sich derzeit in Prüfung.
43	<b>Industrie-strategie</b>	MWAE	Die Industriestrategie soll im Wesentlichen dem übergeordneten Ziel dienen, in Brandenburg die Rahmenbedingungen zu schaffen, um das bundesgesetzliche Ziel „Klimaneutralität bis 2045“ zu erreichen und den industriellen Transformationsprozess – auch im Bereich Digitalisierung - zu unterstützen.	<b>in Arbeit</b>	Es liegt ein erster Entwurf der zukünftigen Industriestrategie vor. Dieser befindet sich derzeit in der hausinternen Abstimmung. Nach Abschluss des sich daran anschließenden formellen Ressortabstimmungsverfahrens soll die Strategie nach der Sommerpause (September/Oktober) im AWAE vorgestellt werden.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
44	GRW-Innovations-cluster „Volumetric Capture Studio Babelsberg (Volucap GmbH)“	MWAE	Im Jahr 2018 eröffnete das Innovationscluster. Ende 2021 wurde ein volumetrisches Studio errichtet, welches den Einbau von realen Personen in virtuelle Welten ermöglicht. Die Technologie ist über die Medienbranche hinaus einsetzbar, zum Beispiel in der Gesundheits- und Automobilwirtschaft. Die Erweiterung des volumetrischen Studios stellt ein erklärtes Ziel der Maßnahme dar.	in Arbeit	Im Jahr 2018 eröffnete das Innovationscluster. Ende 2021 wurde ein volumetrisches Studio errichtet, welches den Einbau von realen Personen in virtuelle Welten ermöglicht. Die Technologie ist über die Medienbranche hinaus einsetzbar, zum Beispiel in der Gesundheits- und Automobilwirtschaft. Die Erweiterung des volumetrischen Studios stellt ein erklärtes Ziel der Maßnahme dar. Mit Erweiterungsantrag wurde die Maßnahme bis 08/2024 verlängert.
45	LED Studio „Volume“ (Dark Bay GmbH, GRW-G)	MWAE	Im Jahr 2021 fand die Inbetriebnahme des Studios und erste Produktionen statt. Die Errichtung des LED-Studios wurde bis Ende des Quartals 2021 abgeschlossen. Die Technologie erlaubt die moderne Einblendung virtueller Kulissen. Das LED-Studio wird im Zuge der Maßnahme erweitert.	umgesetzt	Seit der Fertigstellung konnte das LED-Studio große Erfolge bei der Produktion der ersten Staffel "1899" aufweisen. Derzeit sind noch keine weiteren internationalen Folgeproduktionen absehbar, stattdessen werden weitere Einsatzmöglichkeiten für das Studio im Bereich Werbefilm und E-Sport geprüft. Auch ein ortsungebundener Einsatz der Technologie wird derzeit praktiziert, da eine Auslastung ausschließlich am Standort Babelsberg durch fehlende konkurrenzfähige Förderinstrumente derzeit nicht möglich ist.
46	Energieportal des Landes Brandenburg	MWAE	Das Energieportal wird aktuelle und belastbare Daten zur Umsetzung der Energiewende im Land Brandenburg zur Verfügung stellen. Dazu hat das MWAE ein für die Öffentlichkeit zugängliches Energieinformationsportal eingerichtet, welches zukünftig das Kernstück der digitalen Energieberatung darstellt. Die Umsetzung erfolgt im Einklang mit der Energiestrategie 2040. Das Portal wurde am 1.1.2023 online gestellt.	in Arbeit	Das Portal befindet sich im Betrieb und wird im Laufe des Jahres weiter ausgebaut. Das Portal ist aber bereits jetzt auf einem Stand, der den Nutzern im Vergleich zum bisherigen Energie – und Klimaschutzatlas einen Mehrwert bietet. Das zeigen jedenfalls die ersten Rückmeldungen von Nutzern (z. B. von Kommunen und Planungsbüros), die nach Aussage der WfBB positiv sind.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
47	<b>Touristische Daten- infrastruktur</b>	MWAE	Im Tourismusbereich leistet die TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH einen umfassenden Beitrag zur Bereitstellung von digitalen touristischen Infrastrukturen und Services. Mit der TMB erfolgt die (Weiter-)Entwicklung touristischer Daten(bank)systeme, u. a.: Tourism Data Hub mit OpenData als Webservice, landesweite touristische Mediendatenbank, Gästekarte "BrandenburgCard", Buchungsverbund Brandenburg und Tourism Visitor Hub.	<b>in Arbeit</b>	Es werden eine Vielzahl an touristischen Daten(bank)systemen entwickelt bzw. weiterentwickelt. Diese werden nach und nach bis Ende 2024 in Betrieb genommen werden.
48	<b>Digitales Besucher- management</b>	MWAE	Das Vorhaben besteht aus drei Teilprojekten: 1. Weiterentwicklung und flächendeckende Bereitstellung der Software „Mein-Brandenburg“ zur Darstellung von Gästeinformationen auf verschiedenen digitalen Endgeräten; 2. Entwicklung eines zentralen Tourism Visitor Hubs für technologiebasiertes Besuchermanagement in Tourismusorten; 3. Förderprogramm für digitale Gästeinformationen und Besucherlenkung (Digi-Tour-Invest).	<b>in Arbeit</b>	Die Teilprojekte 1 und 3 sind umgesetzt. Der Betrieb von "Mein-Brandenburg" ist fortlaufend. Das Teilprojekt zur Entwicklung eines Tourism Visitor Hubs befindet sich im Planungsstatus (siehe auch Vorhabenummer 47: Touristische Dateninfrastruktur).
49	<b>Digitales touristisches Wissens- management</b>	MWAE	Das Vorhaben besteht aus drei Teilprojekten: 1. Weiterentwicklung des B2B-Online-Portals "Tourismusnetzwerk Brandenburg", 2. Entwicklung und Einsatz digitaler Software-Tools für touristische Betriebe und Organisationen (u.a. "meintracy" zur Messung der Leistungsfähigkeit von Websites), 3. Digitale Schulungs- und Weiterbildungsformate	<b>in Arbeit</b>	Der Relaunch des Tourismusnetzwerkes ist erfolgt. "MeinTracy" soll ab September 2023 an den Start gehen und fortlaufend betrieben werden. Die digitalen Fortbildungsformate laufen seit 2020 und sind fortlaufend.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
50	<b>KI-Strategie für die Wirtschaft</b>	MWAE	Im Zuge der Maßnahme soll die bis Ende des Jahres 2021 fertiggestellte und Anfang 2022 veröffentlichte KI-Strategie für die Wirtschaft in die Umsetzung gebracht werden. Die KI-Strategie soll kontinuierlich fortentwickelt werden.	<b>in Arbeit</b>	Das MWAE hat 2021 die KI Strategie für die brandenburgische Wirtschaft erstellen lassen und im Februar 2022 an der TH Wildau öffentlich vorgestellt. Eine erste Umsetzungsmaßnahme konnte zeitgleich mit dem KI GRW-Netzwerk der TH Wildau gestartet werden. Zur Umsetzung wurde eine „Zentrale Anlaufstelle für Künstliche Intelligenz für die Wirtschaft“ (ZAKI) bei der WFBB etabliert. Sie wird zunächst bis 2024 arbeiten. Die ZAKI dient als Ansprechstelle für Wirtschaftsunternehmen, um diesen beim Einsatz der KI-Technologie zu helfen. Zudem wurde ein begleiteter Prozess zur Umsetzung der KI Strategie des MWAE gestartet, der bis Juli 2023 abgeschlossen wird.
51	<b>Lausitzer Zentrum für Künstliche Intelligenz (LKZI) (im Rahmen des JTF; Lausitz)</b>	MWFK	<p>Die BTU und die in der Lausitz ortsansässigen Forschungseinrichtungen verfügen gemeinsam über erhebliche Kompetenzen auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz.</p> <p>Das »Lausitzer Zentrum für Künstliche Intelligenz« (LZKI) ist eine Initiative der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zur Begleitung des Strukturwandelprozesses in der Lausitz. Das LZKI soll alle regional bestehenden Aktivitäten und Kompetenzen auf den Gebieten künstliche Intelligenz und Data Science bündeln und als zentraler Ansprechpartner für Unternehmen und Anwender dienen. Das LZKI befasst sich mit grundlagenorientierter und anwendungsnaher Forschung zu künstlicher Intelligenz sowie dem Technologietransfer in Unternehmen und Partnereinrichtungen unter Beachtung ethischer Standards.</p>	<b>in Arbeit</b>	LZKI Förderung im Rahmen der Umsetzung des JTF in Brandenburg.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
52	<b>5G-Strategie Brandenburg</b>	MWAE	Der neue Mobilfunkstandard 5G – die fünfte Generation des Mobilfunks – erlaubt die Übertragung großer Datenmengen und zählt damit zu den digitalen Schlüsseltechnologien. Das MWAE wird eine Strategie zum Umgang mit dieser Schlüsseltechnologie entwickeln. Eine Ausschreibung zur Erstellung der Strategie soll bis Juni 2022 erfolgen, sodass eine Erstellung im laufenden Jahr ermöglicht wird.	<b>umgesetzt</b>	In Umsetzung des Koalitionsvertrages wurde eine 5G-Strategie erarbeitet, die Mitte 2023 im Kabinett beschlossen werden soll. In dieser Strategie wurden auch bereits Umsetzungsprojekte fachlich geplant. Im Rahmen der Strategieentwicklung wurden Workshops und Expertengespräche zu den Potenzialen der modernsten Mobilfunktechnologie (5G) geführt.
53	<b>Fach- und Arbeitskräfte-strategie</b>	MWAE	Im März 2022 wurde die neue Fach- und Arbeitskräftestrategie im Kabinett beschlossen. Die Gestaltung der Digitalisierung in der Arbeitswelt ist hierbei als Querschnittsthema eingeflossen. Die drei Handlungsfelder sind mit sieben Handlungsschwerpunkten und zahlreichen Aktivitäten untersetzt, die es in den nächsten Jahren umzusetzen gilt.	<b>umgesetzt</b>	Im März wurde die Fach- und Arbeitskräftestrategie durch das Kabinett beschlossen. Die darin aufgeführten Handlungsfelder gilt es nun umzusetzen.
54	<b>Weiterführung des Regionalen Zukunftszentrums Brandenburg</b>	MWAE	Im Regionalen Zukunftszentrum werden Trends des demografischen Wandels und der digitalen Transformation durch Analysen und Beratungen begleitet. Es werden Entwicklungen begutachtet und hinsichtlich regionaler und branchenspezifischer Bedarfe der Unternehmen - insbesondere auch hinsichtlich der Weiterqualifizierungen - ermittelt. Zudem berät das Regionale Zukunftszentrum Unternehmen zu den Chancen durch die Digitalisierung.	<b>in Arbeit</b>	Die Weiterförderung durch BMAS mit Kofinanzierung des Landes Brandenburg ist zum Beginn des Jahres erfolgt. Das Projekt wird u. a. durch monatliche Jour Fixes durch das Referat 53 begleitet.



Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
55	<b>Kompetenz-zentrum Kfz der HwK Frankfurt (Oder) – Digitalisierung und Vernetzung mit Automotive Ethernet</b>	MWAE	Im Jahr 2022 stand der Beginn der Förderung von Bund und Land Brandenburg im Rahmen der Richtlinie des BMWi zur investiven Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und deren Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren.	<b>in Arbeit</b>	Der Zuwendungsbescheid zu der Maßnahme „Automotiv Ethernet“ über insgesamt 202.126,90 € für die HWK Frankfurt (Oder) ist erteilt worden, die Förderung soll in folgenden Jahresscheiben erfolgen:  2023 = 52.126,90 € 2024 = 75.000,00 € 2025 = 75.000,00 €  Mittelauszahlungen sind noch nicht erfolgt.
56	<b>Innovation Campus Schwedt/Oder: Teilprojekte „Ausbildungs- und Simulationszentrum“ und „Virtueller Campus (im Rahmen des JTF; Uckermark)</b>	MWAE	Aufbau eines Simulatorzentrums (inkl. Nutzung digitaler Zwillinge und immersiver Technologien) zur beruflichen Ausbildung, Weiterbildung, Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEu) insbesondere im Bereich der Prozessindustrie. Schaffung virtueller Angebote für Bildung, FuE und Technologietransfer des Innovation Campus. Verzahnung mit Maker Space und Coworking Spaces.	<b>in Arbeit</b>	Das Hauptvorhaben im Rahmen der JTF-Förderung in der Raffinerieregion Schwedt/Oder ist der Ausbau des Innovation Campus. Seit Oktober 2022 werden Arbeits- und Kommunikationsstrukturen geschaffen und Maßnahmen im Rahmen des Innovation Campus priorisiert und konkretisiert. Dies dient als Grundlage für die Antragstellung, die noch in 2023 erfolgen soll. Zu den Maßnahmen gehören das Transformations- und Servicezentrum, Maker Space und Reallabore im Bereich Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft, Lehrtechnikum inkl. Simulatoren und Demonstrationen sowie Bildungsinfrastrukturen und -angebote.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
57	<b>Auskunfts-plattform Wasser</b>	MLUK	Darstellung aller für das Politikfeld Wasser relevanten Daten in zeitgemäßer und ansprechender Form im Intranet und Internet für die Öffentlichkeit und Verwaltung sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für Umwelt (LfU) in einem karten- und formularbasierten Auskunftssystem. Damit wird auch eine Erhöhung der Effektivität der Facharbeit innerhalb der Verwaltung, insbesondere im LfU, durch schnellere, einfachere Zugriffe auf die Fachdaten der verschiedenen Bereiche über eine Oberfläche erreicht.	<b>umgesetzt</b>	Die Meilensteine wurden annähernd im Zeitplan umgesetzt; Das Projekt wird fortlaufend weiterentwickelt; Website: <a href="http://apw.brandenburg.de">http://apw.brandenburg.de</a> (externe APW).
58	<b>Gründung eines Digital-Labors in der Staatskanzlei</b>	StK	Ziel ist es, durch die Gründung eines Digital-Labors in der Staatskanzlei im Sinne einer Digitalwerkstatt bzw. eines Experimentierraums einen Raum zur Entwicklung und Erprobung digitaler Ideen zu schaffen. Die Gründung des Digital-Labors sowie die Ermöglichung eines kontinuierlichen Wissenstransfers und der Implementierung bedarfsgerechter Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb tragen dazu bei, den digitalen Kulturwandel der Staatskanzlei intensiv zu fördern und langfristig zu etablieren. Darüber hinaus wird durch die Entwicklung eines Methoden-Werkzeugkastens die Verwendung agiler Methoden in den Arbeitsalltag der Mitarbeiter*innen eingeführt.	<b>umgesetzt</b>	Die Auftaktsitzung hat am 10.01.2023 stattgefunden. Im Rahmen der ersten Sitzung wurde gemeinsam über Bedarfe und Handlungsfelder für das Digital-Labor in der Staatskanzlei nachgedacht. In der zweiten Sitzung am 07.03.2023 wurden als Themenschwerpunkte das hybride Arbeiten in der Staatskanzlei vereinbart. Darauf basierend wird ein Arbeitsprogramm bis zum Legislativende entwickelt.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
59	<b>E-Government-Strategie</b>	MIK	Von besonderem Stellenwert für die Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben ist die E-Government-Strategie. Bürger*innen sowie Organisationen und Verwaltung sollen künftig Verwaltungsleistungen orts- und zeitunabhängig online von einer zentralen Stelle über beliebige Verwaltungsportale sicher abrufen können.	<b>in Arbeit</b>	Die E-Government-Strategie des Landes wurde am 07.09.21 im Digitalkabinet beschossen. Die OZG-Umsetzung verzögert sich bundesweit. Die avisierte OZG-Novelle sieht in seiner vom Bundeskabinet beschlossenen Fassung keine Fristsetzung zur Umsetzung vor.
60	<b>Online-Bezahlmodul Bußgeldstelle</b>	MIK	Das Verfahren „Online-Bezahlmodul Bußgeldstelle“ soll um E-Payment (Nutzung der IT-Basiskomponente E-PayBL) erweitert werden. Auf Seiten der Bürger*innen soll damit eine noch größere Akzeptanz und damit eine Steigerung der Nutzerzahlen erreicht werden; die Verwaltung profitiert von kürzeren Zahlungswegen und geringeren Fehlerquoten bei der Zuordnung von Zahlungen.	<b>Offen</b>	Ein Koordinierungstermin der ZBSt mit den Fachbereichen des ZDPol, dem ZIT BB und der beauftragten Firma fand am 18. April 2023 statt. Im Ergebnis wurden mögliche Umsetzungsvarianten für das weitere Vorgehen abgestimmt, Eine Umsetzungsentscheidung sollte noch im 3. Quartal 2023 herbeigeführt werden.
61	<b>Potenzialanalyse datenbasierte Verwaltung</b>	StK	Datengestützte Verfahren und Künstliche Intelligenz gewinnen in Wirtschaft und Gesellschaft eine immer größere Bedeutung. Auch in der öffentlichen Verwaltung können sie helfen, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten, Entscheidungsfindungen zu unterstützen und Leistungen für Bürger*innen schneller und bedarfsorientierter anbieten zu können. Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei eine Potenzialanalyse zu KI- und datengestützten Anwendungen umgesetzt werden. Die Analyse hat zum Ziel, die Chancen und Herausforderungen von datengestützten Verwaltungsprozessen in den verschiedenen Abteilungen der Staatskanzlei besser verstehen zu lernen. Zudem sollen konkrete Anwendungsfälle für datengestützte Verfahren in der	<b>umgesetzt</b>	Das Vorhaben wurde gemäß Zeitplan bearbeitet und abgeschlossen. Aufbauend auf den vorherigen Prozessschritten wurden in einem dritten Workshop am 23. Mai mit Mitarbeitenden aus allen Abteilungen der Staatskanzlei fünf mögliche Pilotvorhaben vertieft diskutiert. Im Anschluss an die Diskussion finalisierte der Auftraggeber die Steckbriefe zu den möglichen Piloten. In einer Abschlusspräsentation am 27. Juni wurden die Ergebnisse der Potenzialanalyse Stk-intern vorgestellt und diskutiert. Alle Projektergebnisse liegen in ihren finalen Versionen vor, so dass das Vorhaben als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			Staatskanzlei identifiziert und für eine Pilotierung vorbereitet werden.		
62	<b>Baugenehmigungsverfahren digitalisieren</b>	MIL	Unterstützung des kommunalen Projekts zur Umsetzung der OZG-Leistung „Baugenehmigung“. Ziel ist die Einrichtung eines landesweiten Webangebotes „Virtuelles Bauamt Brandenburg“ (VBA) für die digitale Antragstellung und Kommunikation im Baugenehmigungsverfahren. Die Anbindung an die Fachverfahren in den unteren Bauaufsichtsbehörden erfolgt unter Nutzung des Datenstandards XBau 2.2.	<b>in Arbeit</b>	Diverse Hürden bei der Digitalisierung des Antragsverfahrens, der Anbindung an das Fachverfahren sowie der Nachnutzung in den Kommunen führten in den vergangenen Jahren immer wieder zu Verzögerungen des Projektes.
63	<b>Grundsteuerreform – Entwicklung und Bereitstellung von Informationswerkzeugen</b>	MdFE	<p>Ziel ist die Bereitstellung eines allgemeinen digitalen Informationsangebotes zur Grundsteuerreform und der Flurstücks- und Grundstücksinformationen. Ebenso geplant ist die Bereitstellung eines Chatbots. Ein für Bürger*innen im Internet verfügbarer Grundsteuer-Viewer wird bis 30.06.2022 bereitgestellt.</p> <p>Die Online-Portale „BRANDENBURGVIEWER“ und „BORIS Brandenburg“ können Steuerpflichtige kostenfrei nutzen, um die für die Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts erforderlichen Informationen zum Flurstück einzusehen. Die Informationsgewinnung ist jedoch durch das große Funktions- und Informationsspektrum für Personen ohne geodätisches Wissen schwer zu bedienen. Sie soll dadurch erleichtert werden, dass den Bürgerinnen und Bürgern in einfacher Form die für die Abgabe der Erklärung benötigten Kataster- und Grundstücksmarktdaten soweit vorhanden gebündelt über einen neu entwickelten „Grundsteuerviewer“ als pdf-Ausdruck bereitgestellt</p>	<b>in Arbeit</b>	Informationsportal Grundstücksdaten (Flurstücksinformationen). Seit dem 1. Mai 2022 können auf dem »Informationsportal Grundstücksdaten« die notwendigen Informationen zur Abgabe der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts abgerufen werden.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			<p>werden.</p> <p>Im Rahmen der Umsetzung der Grundsteuerreform stellt das Land Brandenburg auf der Basis der vorliegenden Grundsteuererklärungen den Städten und Gemeinden die Grundsteuermessbeträge bis zum 30.06.2024 zur Verfügung. Auf Basis dieser Grundsteuermessbeträge erstellen die Städte und Gemeinden den Grundsteuerbescheid.</p>		
64	Federführung für das OZG-Themenfeld „Ein- und Auswanderung“	MIK	<p>Im Rahmen der bundesweiten arbeitsteiligen OZG-Umsetzung hat das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium des Innern und für Kommunales, die Federführung für das OZG-Themenfeld „Ein- und Auswanderung“ inne. In diesem Zusammenhang ist es für die (bundesweite) Digitalisierung mehrerer OZG-Leistungen bis Ende 2023 zuständig.</p> <p>Umsetzungsleistungen sind „Aufenthaltstitel“ „Aufenthaltskarten und aufenthaltsrelevante Bescheinigung“ sowie die „Beschäftigungserlaubnis“.</p> <p>Der „Aufenthaltstitel“ steht bereits seit Herbst 2021 im FIT-Store zur Nachnutzung durch andere Bundesländer zur Verfügung. Einige Nachnutzungsverträge konnten bereits geschlossen werden.</p> <p>Das Umsetzungsprojekt „Aufenthaltskarten und aufenthaltsrelevante Bescheinigung“ ist seit 08/2021 innerhalb Brandenburgs mit dem Online-Dienst „Daueraufenthaltsbescheinigung“ im Landkreis Teltow-Fläming und Brandenburg an der Havel online. Das bundesweite Ausrollen findet in 2023 statt.</p> <p>Im April 2022 ging zusätzlich der von Brandenburg entwickelte „Online-Dienst § 24 AufenthG“ für</p>	in Arbeit	<p>Im Rahmen der bundesweiten arbeitsteiligen OZG-Umsetzung hat das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium des Innern und für Kommunales, die Federführung für das OZG-Themenfeld „Ein- und Auswanderung“ inne. In diesem Zusammenhang ist es für die (bundesweite) Digitalisierung mehrerer OZG-Leistungen bis Ende 2023 zuständig. Umsetzungsleistungen sind „Aufenthaltstitel“ „Aufenthaltskarten und aufenthaltsrelevante Bescheinigung“ sowie die „Beschäftigungserlaubnis“.</p> <p>Der „Aufenthaltstitel“ steht bereits seit Herbst 2021 im FIT-Store zur Nachnutzung durch andere Bundesländer zur Verfügung. Einige Nachnutzungsverträge konnten bereits geschlossen werden, andere sind noch in der Abstimmung.</p> <p>Das Umsetzungsprojekt „Aufenthaltskarten und aufenthaltsrelevante Bescheinigung“ ist seit 08/2021 innerhalb Brandenburgs mit dem Online-Dienst „Daueraufenthaltsbescheinigung“ im Landkreis Teltow-Fläming und Brandenburg an der Havel online. Das bundesweite Ausrollen findet in 2023 im Rahmen der Bündelungskomponente als Paket mit den Leistungen des Aufenthaltstitels statt.</p> <p>Im April 2022 ging zusätzlich der von Brandenburg</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			Geflüchtete aus der Ukraine auf der Website „Germany4Ukraine“ bundesweit online. Diese Leistung wurde zusätzlich im Bereich der OZG-Leistung „Aufenthaltstitel“ erarbeitet und allen Bundesländern zur Verfügung gestellt.		entwickelte „Online-Dienst § 24 AufenthG“ für Geflüchtete aus der Ukraine auf der Website „Germany4Ukraine“ bundesweit online. Diese Leistung wurde zusätzlich im Bereich der OZG-Leistung „Aufenthaltstitel“ erarbeitet und allen Bundesländern zur Verfügung gestellt.
65	<b>Landesservice-portal Brandenburg – service.brandenburg.de</b>	MIK	Das Landesserviceportal bietet neben dem zentralen Zugang zu Verwaltungsleistungen auch Informationen, wie Behörden- und Kommunalverzeichnisse sowie Informationen zum Landesrecht. Es ist größtenteils auch in englischer Sprache abrufbar. Optimierung und Weiterentwicklung erfolgen im Bereich Nutzerführung und Usability von Suchfunktion, Menüführung, Barrierefreiheit sowie Darstellung der Ergebnisse und Informationen im Portal. Neben der bereits vorhandenen Darstellung und Ausgabe der Verwaltungsleistungen von A bis Z soll auch die Ausgabe sortiert nach Lebenslagen erfolgen.	<b>in Arbeit</b>	Der Relaunch des Portals wurde im Oktober 2021 in neuem Design und mit neuen Funktionalitäten umgesetzt. Die Inhalte des Landesserviceportals speisen sich aus unterschiedlichen Redaktionssystemen. Die Verwaltungsleistungen werden über eine Schnittstelle ausgegeben. Das Landesserviceportal ist an den Portalverbund angeschlossen. Das heißt, dass Dienstleistungen der Verwaltung über die Landesgrenze hinaus vernetzt genutzt werden können. Auf Bundes- und EU-Ebene gibt es ebenfalls Einstiegsmöglichkeiten, die zum Portal des Landes Brandenburg führen. Das Ziel des Landesserviceportals Brandenburg ist es, Behördengänge zu erleichtern, Barrieren abzubauen und das Potential an digitalen Möglichkeiten auszuschöpfen. Dieses Projekt ist eng mit den Anforderungen verknüpft, die sich aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) und der Single-Digital-Gateway- Verordnung (SDG) auf EU-Ebene ergeben. Das Design des Landesserviceportals Brandenburg orientiert sich an den verbindlichen Vorgaben des StyleGuides des Landes Brandenburg ( <a href="https://style.brandenburg.de/de/">https://style.brandenburg.de/de/</a> ) Zur Optimierung und Weiterentwicklung des Serviceportals ist mittels Ausschreibung ein Dienstleister ausgewählt worden, der die Usability-Schwächen und -Stärken des Landesserviceportals identifizieren und den Status Quo ermitteln, Lösungsvorschläge erarbeiten und konkrete Empfehlungen zur Umsetzung vorlegen sowie bei der Umsetzung und

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
					<p>Weiterentwicklung beratend unterstützen soll. Ein Meilensteinplan ist hierfür noch mit dem Auftragnehmer zu erarbeiten.</p> <p>Hinsichtlich der Umsetzung von Barrierefreiheitsmaßnahmen wurde eine Übersetzung zur „Einführung“ in das Serviceportal und zum Bereich „Fragen und Antworten“ in leichte Sprache beauftragt und in das Portal eingebunden. Beabsichtigt ist die Erweiterung des Angebotes, ausgewählte Inhalte in leichter Sprache und mit Hilfe von Gebärdensprachvideos darzustellen.</p>
66	Planungsportal Brandenburg	MIL	<p>Für gesetzlich geregelte Beteiligungsverfahren wurde die Plattform planungsportal.brandenburg.de eingerichtet, welche langfristig Bundes-, Landes- und Kommunalplanungen sichtbar macht und die Möglichkeit bietet, online Stellungnahmen einzureichen. Das Planungsportal soll auch als Vorbild für weitere Beteiligungsverfahren dienen, die Teilhabe verbessern und vereinfachen, sowie einen aktuellen Überblick über vorhandene Pläne oder den Verfahrensstand von z. B. Bauleitplänen für die Bürger*innen im Land Brandenburg geben. Das übergeordnete Ziel des Portals ist die Erhöhung der Transparenz und der Abbau von Barrieren. Bürger*innen haben somit die Möglichkeit sich zukünftig online über aktuelle Planungsverfahren zu informieren und können so „unnötige“ Wege auf das Amt vermeiden. Mittelfristig soll das Planungsportal Brandenburg um weitere Module erweitert werden, z. B. ein Baulückenkataster sowie eine virtuelle Genehmigungsbehörde und eine Datenbank für wirksame Planungen.</p>	umgesetzt	<p>Das Planungsportal ist umgesetzt und wird vrs. im Laufe des 2. Halbjahres 2023 auf eine bundeseinheitliche Plattform im OZG/EfA-Nachnutzungsmodell migriert. Die weiteren Bausteine, die im DP25 aufgeführt sind (Baulückenkataster, XPlanungsserver) werden parallel dazu als eigenständige Vorhaben weiterentwickelt.</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
67	<b>Bereitstellung von Open Data</b>	MIK	Offene Daten der Verwaltung wollen wir zusammen mit ihren Metadaten grundsätzlich zugänglich, maschinenlesbar und unter gängigen offenen Lizenzen bereitstellen, sodass sie von jeder Person genutzt, weiterverbreitet und weiterverwendet werden können. Die technische Realisierung dieser offenen Verfügbarkeit erfolgt in offenen Standards. Die Bereitstellung offener Daten durch die Verwaltung kann innovative Wertschöpfung auf unterschiedlichen Ebenen erzeugen: ob in Wirtschaft, Wissenschaft oder für mehr demokratische Teilhabe und Transparenz. Auch Verwaltungen können von Daten profitieren, indem sie Datensätze nutzen, um evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen. Zudem können sie von innovativen Dienstleistungen und Produkten Dritter, die durch die Freigabe ihrer Daten entstehen, Nutzen ziehen.	<b>in Arbeit</b>	<p>Fortlaufende Maßnahmen:</p> <p>Umsetzung der Datenstrategie (fortlaufend; mit DABB);  Optimierung des Open-Data-Portals DatenAdler.de (fortlaufend);  Akquise weiterer Datenbereitsteller (fortlaufend);  Erweiterung des Datenbestandes (fortlaufend)</p> <p>Die Open-Data-Strategie wurde am 02.05.2023 vom Kabinett beschlossen. Im Zuge des 2. Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen E-Government-Gesetzes (2. BbgEGovGÄndG) sollen gesetzliche Regelungen zu Open Data aufgenommen werden. Die Ressorts haben Gelegenheit zur Benennung von Open-Data-Beauftragten bekommen. Vernetzungsveranstaltungen werden in Zusammenarbeit mit der DABB erarbeitet.</p> <p>Parallel dazu wird die Umsetzung der Strategie vorbereitet und die Veröffentlichung von Verwaltungsdaten fortlaufend vorangetrieben.</p>
68	<b>Flächen-deckende Einführung der elektronischen Verfahrensakte (E-Akte) in der Justiz des Landes Brandenburg</b>	MdJ	Die flächendeckende Einführung der E-Akte in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg ist für das MdJ die zentrale digitalpolitische Aufgabe der kommenden Jahre. Mit der flächendeckenden Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie den seit Jahren im Einsatz befindlichen elektronischen Fachverfahren ist die E-Akte der letzte Baustein für ein nahezu papierloses Büro in der Justiz. Die Einführung der elektronischen Akte ist ein Meilenstein bei der Digitalisierung der Justiz, zugleich	<b>in Arbeit</b>	Im Projekt zur Einführung der E-Akte konnten im Land Brandenburg deutliche Fortschritte erzielt werden. Nachdem die E-Akte zum 1. April 2022 beim Landgericht Potsdam im Echtbetrieb eingeführt wurde, wurde der Regel-Roll-Out mit der Einführung der E-Akte zum 1. Juni 2022 am Landgericht Cottbus und zum 1. Juli 2022 am Brandenburgischen Oberlandesgericht fortgeführt. Seit September 2022 erfolgt die schrittweise Ausrollung an den Amtsgerichten. Alle Amtsgerichte sollen im Kalenderjahr 2023 mit der E-Akte in Zivil-, Familien- und Betreuungssachen ausgestattet werden.



Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			<p>aber auch eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Um diese enorme Herausforderung zu meistern, wurde ein umfassender Projektauftrag erteilt, mit dem die Rahmenbedingungen zur übergreifenden Projektkoordination für eine flächendeckende Einführung der elektronischen Akte geschaffen wurden. Nachdem die Pilotverfahren an den Landgerichten Frankfurt (Oder) und Neuruppin (jeweils in Zivilsachen) sowie an den Amtsgerichten Brandenburg an der Havel (Familiensachen/Zivilsachen) und Strausberg (Zivilsachen/Familiensachen) erfolgreich verliefen, erfolgt nunmehr seit dem 1. April 2022 die Regeleinführung der E-Akte in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Zivil- und Familiensachen. Zunächst wurde die elektronische Akte zum 1. April 2022 beim Landgericht Potsdam, daraufhin zum 1. Juni 2022 beim Landgericht Cottbus/Chósebus und zum 1. Juli 2022 beim Brandenburgischen Oberlandesgericht eingeführt. Darauf folgen die weiteren Amtsgerichte, sodass bis Ende 2023 in allen Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit die Akten in den genannten Bereichen elektronisch geführt werden.</p>		<p>Im April 2023 begann die Pilotierung der elektronischen Geldstrafenvollstreckung bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin. Seit Juni 2023 wird am Finanzgericht Berlin-Brandenburg eine intensive Testphase mit allen Fachgerichten durchgeführt. Die Pilotierung soll am Finanzgericht Berlin-Brandenburg im Februar 2024 starten. Auf Grundlage der Erkenntnisse aus diesen Pilotierungen soll ab 2024 die Einführung der E-Akte in allen Fachgerichten sowie die Einführung der elektronischen Strafakte erfolgen.</p> <p>Im Rahmen von Erhebungen der Landesjustizverwaltungen zur Vorbereitung der Sitzung des E-Justice-Rates konnte festgestellt werden, dass sich das Land Brandenburg im Ländervergleich im guten Mittelfeld befindet.</p> <p>In Brandenburg wird das E-Akten-System eIP eingesetzt. Die schrittweise Einführung der elektronischen Akte an den Gerichten des Landes Brandenburg wird planmäßig umgesetzt. Die Verantwortlichen im Ministerium der Justiz und dem ZenIT sind sich der terminlichen Zielsetzung bis 2026 bewusst.</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
69	<b>Sitzungssaal- ausstattung und W-LAN in Brandenburger Gerichts- gebäuden</b>	MdJ	Die Sitzungssäle der Gerichte sollen mit erweiterter moderner Technik (u.a. Laptop-Anschlüsse, versenkbare Bildschirme) ausgestattet werden, da als direkte Konsequenz der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der E-Akte der gesamte elektronische Akteninhalt in der Verhandlung verfügbar und für alle Beteiligten visualisierbar sein muss. Darüber hinaus dient die neue Sitzungssaalausstattung der Ermöglichung von Videoverhandlungen bzw. Zeugenvernehmungen mittels Videokonferenzen. Hierzu steht bereits eine cloudbasierte Videokonferenzumgebung (BigBlueButton), welche bei normalem Schutzbedarf für einen flächendeckenden Einsatz in der Justiz genutzt werden kann, nach erfolgreicher Testung zur Verfügung. Des Weiteren werden die öffentlich zugänglichen Bereiche aller Brandenburger Gerichte mit W-LAN-Zugängen ausgestattet, womit sichergestellt werden soll, dass alle Verfahrensbeteiligten auch in den Gerichtsgebäuden jederzeit auf ihre digitalen Akten und elektronischen Dokumente zugreifen können.	<b>in Arbeit</b>	<p>Als direkte Konsequenz der Einführung der E-Akte werden parallel an den jeweiligen Gerichtsstandorten die Sitzungssäle sukzessive mit erweiterter moderner Technik ausgestattet. Hinzu kommt der Bedarf, zumindest einige Sitzungssäle mit Videokonferenztechnik auszustatten.</p> <p>Im Land Brandenburg verfügen alle Gerichte flächendeckend über mindestens eine mobile Videokonferenzanlage. An den größeren Gerichtsstandorten werden hiervon auch mehrere Anlagen vorgehalten. Daher ist es bereits heute möglich Gerichtsverfahren vollständig online durchzuführen. Bis 2025 wird in Brandenburg an allen Gerichtsstandorten mindestens ein Saal mit einer festinstallierten und vollintegrierten Videokonferenzanlage ausgestattet. An den Landgerichtsstandorten und beim Brandenburgischen Oberlandesgericht werden alle Zivilsäle; bei den Fachgerichten alle Gerichtssäle mit dieser Videokonferenztechnik ausgestattet. An den größeren Amtsgerichten (Potsdam, Königs Wusterhausen und Cottbus) werden mehrere Säle ausgestattet. Perspektivisch ist beabsichtigt, sukzessive jeden Gerichtssaal bauseitig so vorzubereiten, dass die für die Durchführung von Videoverhandlungen erforderlichen Medien und Verkabelungen vorhanden sind.</p> <p>Des Weiteren soll Verfahrensteilnehmern in den Verhandlungen Zugriff auf ihre elektronischen Akten ermöglicht werden. Im Auftrag des MdJ soll dazu schrittweise an allen Gerichtsstandorten im Land Brandenburg öffentliche WLAN-Hotspots in den Gerichtssälen errichtet und betrieben werden. Die Realisierung dieser Maßnahme soll durch eine Vergabe an einen externen Dienstleister bzw. (Netz)betreiber</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
					erfolgen. Das MdJ bemüht sich derzeit, einen geeigneten Realisierungspartner zu finden. Die vollständige Inbetriebnahme aller WLAN-Standorte wird für 2025 angestrebt.“
70	<b>Schaffung eines modernen Arbeitsplatzes der Zukunft in der Polizei</b>	MIK	Durch innovative Werkzeuge, mehrdimensionale Kommunikation und föderale Interoperabilität werden in der Polizei „Arbeitsplätze der Zukunft“ geschaffen. Dies wird u.a. durch integrative Fachverfahren, mobile Endgeräte, ein flächendeckendes Videokonferenzsystem sowie ein polizeiliches Messenger-System erreicht.	<b>in Arbeit</b>	In 2022 wurde ein Mobile-Device-Management implementiert. Die Anfang 2023 avisierte Pilotierung verzögert sich. Das Roll-Out diverser polizeifachlicher Smartphone-Apps, die auch die Interaktivität zwischen Polizei und Bürger verbessern, wird vorbereitet. Es wird eine One-Device-Strategie entwickelt.
71	<b>Schutz kritischer Infrastrukturen</b>	MIK	Das Land verfolgt in der Zusammenarbeit mit den Betreibern einen kooperativen Ansatz, der bedarfsgerecht durch regulative Elemente ergänzt wird. Die Fachressorts ergreifen entsprechend ihres Aufgabenzuschnitts sektorspezifische Maßnahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Durch den Ausbau von Kooperationen mit Partnern aus Bund und Ländern sichern wir den Betrieb von gesellschaftsrelevanten Infrastrukturen. Beteiligt sind zum Beispiel das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK). Das Land bereitet derzeit eine	<b>in Arbeit</b>	Das MIK führt gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Beschluss des Landtages Brandenburg „IT-Sicherheit in Brandenburg stärken“, LT-Drs. 7/6215 eine Erhebung durch, um zunächst die (zeit-)kritischen Geschäftsprozesse, IT-Verfahren und Infrastrukturen (insbesondere Objekte) zu erheben, die zur Sicherstellung der identifizierten Staats- und Regierungsfunktionen benötigt werden. Es wird angestrebt, diese durch Aufbau eines in einem geeigneten Business Continuity Management Systems (BCMS, entsprechend BSI-Standard 200-4) gegen Ausfall zu sichern/abzubilden.  Darüber hinaus hat sich die IMK in Ihrer 219 Sitzung vom 14.-16.06.2023 unter dem TOP 70 – Schutz Kritischer

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			<p>Datenerhebung vor, um in einem ersten Schritt zu definieren, welche staatlichen Leistungen auf Landesebene Bestandteil der Kritischen Infrastruktur sind. Es wird angestrebt, in einem geeigneten Business Continuity Management System (BCMS, entsprechend BSI-Standard 200-4) abzubilden.</p>		<p>Infrastrukturen - KRITIS-Dachgesetz – mit der Thematik befasst und u. a. darauf hingewiesen, dass für das Zusammenwirken der Behörden beim KRITIS-Schutz sichere digitale Datenverwaltungs- und -austauschsysteme (beispielsweise für die Verwaltung von KRITIS-Betreiberdaten) und die dezentrale Verfügbarkeit der Daten erforderlich sind, die auch unter Zugrundelegung von Verschlusssachenanforderungen nutzbar sind. Sie bittet das BMI, dies bei der Ausgestaltung der gesetzlichen Grundlagen im KRITIS-Dachgesetz zu berücksichtigen.</p> <p>Ein belastbarer Zeitplan besteht derzeit nicht.</p> <p>Die Informationssicherheit ist ein auf Dauer angelegter Prozess. Er arbeitet nach BSI Grundsatz nach dem PDCA Prinzip. (PDCA =&gt; Plan;Do;Check;Act). In manchen Dokumenten wird er auch KVA – Prozess genannt (Kontinuierlicher Verbesserungsprozess). Der Landtagsbeschluss „IT-Sicherheit stärken“ verlangt dem Wortlaut nach: „In einem ersten Schritt ist zu definieren, welche staatlichen Leistungen auf Landesebene Bestandteil der Kritischen Infrastruktur sind und diese in einem geeigneten Business Continuity Management System (BCMS, entsprechend BSI-Standard 200-4) abzubilden“. Für eine konkrete Berichtspflicht, zeitliche Rahmenfestlegung gibt es keine Hinweise. Gleichwohl unterstützt das ISMT das Notfallmanagement und fragt regelmäßig die Behörden der Landesverwaltung nach deren Umsetzungsständen ab. Es existiert ein Umsetzungsplan der Informationssicherheitsleitlinie des IT-Planungsrates. Diese enthält allgemein im Themengebiet Notfallmanagement eine</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
					zeitliche Vorgabe, nämlich bis 2023. Die Umsetzung der Vorgaben ist indes Aufgabe aller Landesbehörden.
72	<b>IT-gestützte Waldbrandfrüherkennung</b>	MLUK	Mithilfe einer terrestrischen, sensorgestützten Waldbrandfrüherkennung können Rauchentwicklungen unmittelbar beim Aufsteigen aus den Baumkronen automatisiert erfasst werden.	<b>in Arbeit</b>	Probleme gab es bei der Akquise von geeigneten Ersatzstandorten als Standort für die Waldbrandfrüherkennung, da es sich als zeitaufwendig und schwierig erweist; für Ersatzstandorte wurden beantragte Baugenehmigungen noch nicht erteilt und die digitale Vernetzung der Waldbrandzentralen mit den Integrierten Regionalleitstellen steht noch aus, insbesondere der Datensicherheit und der Finanzierung. Die Implementierung einer KI ist erfolgt - erste Ergebnisse werden in 2023 erwartet.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
73	Hochwasser-meldezentrum	MLUK	Über das Internet soll ein schneller, einfacher Zugriff auf aktuelle Hochwasserinformationen und hydrologische Kennwerte ermöglicht werden (Hochwasserportal).	in Arbeit	Zu zeitlichen Verzögerungen kam es durch große Aufwände mit dem IT-Dienstleister, aufgrund des sehr hohen Schutzbedarfs (zumindest von Teilen des Verfahrens) und sehr große Aufwände gibt es bei der Erarbeitung und Umsetzung der Sicherheitskonzepte.
74	Konsolidierung der Fachverfahren	MIK	Die Anzahl der Fachverfahren im MIK und der nachgeordneten Bereiche ist durch Konsolidierungsvorhaben wirtschaftlich und zweckmäßig auf das notwendige Maß beschränkt. Für Fachverfahren ist sichergestellt, dass gemäß den Vorschriften alle notwendigen Informationen bedarfsgerecht vorliegen. Durch die Reduzierung von Medienbrüchen wird die Arbeit effizienter. Für Digitalisierungsvorhaben und länderübergreifende Kooperationsprojekte ist die Gremienarbeit durch mandatierte Vertreterinnen und Vertreter sichergestellt. Für Informationen aus geschäftskritischen Altsystemen sind Lösungen entwickelt, die bei Bedarf einen weiteren Zugriff ermöglichen. Wo es wirtschaftlich ist, wird der Einsatz von Software auf Basis von Open Source-Lösungen geprüft und realisiert.	Offen	Das MIK stellt konkrete Projektierungsschritte vorerst zurück, da momentan keine personellen und organisationalen Kapazitäten zur Planung und Umsetzung bestehen. Die Zielbestimmung (siehe Kurzbeschreibung) abgeleitet aus den "Digitalen Schwerpunkten 2030" (siehe ReDiStra-MIK) bleibt indes bestehen und dient als Richtschnur bei der Ausgestaltung von Fachverfahren im gesamten Ressort. Grundsätzlich handelt es sich hier in der Hauptsache um eine Daueraufgabe.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
75	<b>Gewährleistung von Akten-einsichten im Abrufverfahren Bußgeldstelle</b>	MIK	Durch Anpassungen in der Fachanwendung SC-OWi/BB und auf der Internetplattform der Polizei (Bürgerportal) werden die elektronisch geführten Akten der ZBSt für Betroffene oder Rechtsanwälte elektronisch zum Abruf bereitgestellt.	<b>in Arbeit</b>	Die Freigabe des Projektes verzögert sich, da die Ladezeit größerer Dateien bzw. des Gesamtdownloads im Bürgerportal der Internetwache durch die Firma SIX noch optimiert werden muss. Die ZBSt strebt eine Freigabe im zweiten Halbjahr 2023 an.
76	<b>Digitale Antragsstelle Verfassungsschutzgesetz</b>	MIK	Digitale Antragstellung bei Auskunfts- und Akteneinsichtsverfahren nach dem BbgVerfSchG	<b>Offen</b>	Vorgehen ist geklärt; Meilensteine sind festgelegt.
77	<b>Digitale Antragsstelle Sicherheitsüberprüfungsgesetz</b>	MIK	Umstellung der Auskunfts- und Akteneinsichtsverfahren nach dem Brandenburgischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BbgSüG) auf die Möglichkeit der digitalen Antragstellung.	<b>Offen</b>	Vorgehen ist geklärt; Meilensteine sind festgelegt.
78	<b>Virtuelle Behörde</b>	MIK	Die Anwärtinnen und Anwarter für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst (MAVD) sollen während ihrer theoretischen Ausbildung an der Landesakademie in ihrer „Virtuellen Schulungsbehörde“ arbeiten und neben dem inhaltlichen Lernen des Unterrichtsstoffes diesen praxisorientiert anwenden. Diese virtuelle Behörde soll die verwaltungstechnischen Aufgaben mit den zugehörigen IT-Verfahren möglichst vollständig abdecken.	<b>in Arbeit</b>	Für alle IT-Fachverfahren wurden die notwendigen Technik- und Einführungskonzepte erstellt. Die Umsetzung von EL.DOK hat sich durch dessen Neuausrichtung im MIK verzögert und beginnt nun ab September 2023 (erstmalig für den Einstellungsjahrgang 2023). Mit Ausnahme der beiden größten Teilprojekte SAP und PerIS sind alle anderen Verfahren und Anwendungen bereits umgesetzt (MAIS 2.0, e-Vergabe, WiBe Kalkulator werden bereits seit 2022 genutzt).  Offen und in der Umsetzung kritisch sind die beiden größten Projektteile SAP und PerIS. Hier zeigte sich, dass eine zeitnahe Umsetzung wegen fehlender Personalressourcen

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
					<p>nicht möglich ist, da der Umfang der für beide Anwendungen notwendigen, fachadministrativen Aufgaben sowie der erforderliche umfangreiche Schulungsaufwand für die Übernahme dieser Aufgaben so groß ist, dass er nur durch zusätzliches Personal zu bewältigen ist.</p> <p>Da eine Klärung der personellen Ressourcen bis zum Ende der Projektlaufzeit 31.03.2023 nicht möglich war, wurde das Projekt mit dem ZIT-BB zum 31.07.2022 mit der Maßgabe beendet, die Umsetzung bei Vorliegen der personellen und finanziellen Voraussetzungen in einem Folgeprojekt weiterzuführen.</p> <p>Die Entscheidung über die Weiterführung ist noch offen. Der 2023/ 2024 drastisch reduzierte Ansatz im Titel 546 15, Kapitel 12040, lässt eine Weiterführung des Projektes im Moment nicht zu. Derzeit wird geprüft, ob eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung im Haushalt 2025 möglich ist.</p>
79	<b>e-Rechnung</b>	MdFE	Die e-Rechnung ist ein System zur Umsetzung der aus der E-Rechnungsrichtlinie folgenden materiellen Verpflichtung zum Empfang elektronischer Rechnungen.	<b>in Arbeit</b>	<p>Zum 1. April 2020 wurde das System zum Empfang der Rechnungen freigeschaltet. Innerhalb des Projektes begann damit der Wirkbetrieb. Regelbetrieb seit dem 01.07.2022</p> <p>Ausstehend ist die Zurverfügungstellung der Schnittstelle von SAP zu EL.DOK 2.0 nach erfolgreicher Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung - verantwortlich MIK</p> <p>Anfang 2024 Durch den Projektverantwortlichen wird vorgeschlagen: -Änderung der BbgERechV mit Wirkung zum 01.01.2025 mit Inhalt: Einführung der Pflicht der Rechnungsstellenden zur</p>



Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
					<p>Einreichung von Rechnungen nur noch elektronisch (analog der Regelung, die beim Bund seit 27. November 2020 gilt).</p> <p>1. Januar 2025 Rechnungsempfang auch für den Unterschwellenbereich (also ab 0,01 Euro) tritt als allgemeine Verpflichtung aufgrund der gültigen Regelung der BbgERechV für das gesamte Land (also auch mittelbare Landesverwaltung) in Kraft.</p>
80	<b>Intensivierung Ausbau digital- politischer Social-Media- Angebote</b>	StK	<p>Der Internetauftritt der Staatskanzlei über soziale Medien (Twitter, Facebook, Instagram etc.) wird weiter gestärkt und neue Kanäle werden erschlossen. Hierbei repräsentieren verlässliche und belastbare Informationen die Souveränität der Staatskanzlei. Mit den Ressorts wird der Kanal „Landesregierung Brandenburg“ unter Federführung der Staatskanzlei aufgebaut.</p>	<b>umgesetzt</b>	<p>Der neue Facebook-Kanal "Staatskanzlei Brandenburg" ist aufgebaut. Die Kommunikation über Social Media wird dauerhaft betrieben und fortentwickelt.</p> <p>Der Aufbau des Kanals „Landesregierung Brandenburg“ wird zugunsten anderer Social-Media-Aktivitäten der Stk und der Ressorts nicht weiter verfolgt.</p>
81	<b>Jährliche High- Level-Digital- konferenz</b>	StK	<p>Mithilfe einer jährlichen High-Level-Digitalkonferenz soll eine Plattform für Expert*innen im Digitalbereich geschaffen werden. Gemeinsam mit ihnen sollen digitalpolitische Schwerpunktthemen diskutieren werden. Dieser Ansatz des Austauschs wird auf gesamtdeutscher und europäischer Ebene verfolgt. Der digitale Raum ohne geografische Grenzen erfordert eine zunehmende Vernetzung auch über die Landesgrenzen Brandenburgs hinweg.</p>	<b>in Arbeit</b>	<p>Die organisatorische Planung der Veranstaltung läuft aktuell.</p>

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
82	<b>Entwicklung eines Online-Beteiligungs-portals</b>	StK	Mit der digitalen Teilnehmungsplattform wird für Bürgerinnen und Bürger eine Möglichkeit geschaffen, Konzepte und Strategien der Landesregierung frühzeitig kennenzulernen und hierzu Gedanken und Hinweise zu artikulieren. Für die Landesregierung ergibt sich so die Gelegenheit, ein breites Meinungsbild aus der Bevölkerung abzufragen und Hinweise sowie Bedenken frühzeitig bei der Erarbeitung von Strategien und Konzepten aufzugreifen und in die Abwägung einzubeziehen. Durch dieses orts- und zeitflexible Angebot können viele Menschen erreicht werden. Die Plattform ermöglicht es zudem, die Vielzahl der bestehenden Teilnehmungsangebote der Landesregierung gebündelt darzustellen und für die Mitwirkung zu werben. Auf der Plattform sollen zudem Informationen zum Thema Teilnehmung in Brandenburg bereitgestellt werden. Hier können sich Interessierte anhand von verständlich aufbereiteten Texten zu Begriffen und Verfahren der repräsentativen, direktdemokratischen und dialogorientierten Teilnehmung informieren. Die Teilnehmungsplattform wird von der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei eingerichtet und betreut werden.	<b>in Arbeit</b>	Die digitale Bürgerbeteiligungsplattform ist eine Säule des Entwurfs der Bürgerbeteiligungsstrategie. Die formelle Ressortabstimmung zur Bürgerbeteiligungsstrategie ist abgeschlossen, das Mitzeichnungsverfahren läuft aktuell.
83	<b>pioneer4BB (Hospitations-programm)</b>	MLUK	Selbstsicher, effektiv, fokussiert, robust – diese Eigenschaften machen auch ein Landesministerium attraktiv. Um sich diese anzueignen, tauscht sich das MLUK mit agilen und innovativen Unternehmen zu Good Practices aus und verwebt neue Ansätze und Denkweisen mit bestehenden Strukturen. Inspiriert durch Work4Germany pilotiert das MLUK 2022 mit „pioneer4BB“ in derzeit drei Abteilungen ein duales	<b>umgesetzt</b>	Das Projekt wurde im vorgesehenen Umsetzungszeitraum abgeschlossen und startet nun in die neue Runde 2023.

Nr. Maßnahme	Titel	Zuständig-keit	Kurzbeschreibung	Umsetzungs-stand	Anmerkungen
			<p>Hospitationsprogramm. Über einen Zeitraum von sechs Monaten bilden Mitarbeiter*innen des Ministeriums ein Tandem mit Expert*innen der Privatwirtschaft, Wissenschaft oder einer Nonprofit-Organisation. Die Tandempartner*innen hospitieren jeweils drei Monate zeit- und ortsflexibel in der Partnerorganisation. Ziel der gegenseitigen Hospitation sind nicht nur der Perspektivwechsel und die Generierung kreativer Ideen und Impulse, sondern insbesondere auch der methodische Kompetenztransfer, um fundiertes Wissen des agilen, kollaborativen und digital gestützten Arbeitens im Ministerium zu etablieren. Im Programm fördert und fordert das MLUK eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Partnerunternehmen und setzt auf ein gemeinsames Lernen in der Praxis mit parallelem Weiterbildungsprogramm. Erfolgsfaktoren des Programms sind die Beteiligung der Führungskräfte, die Öffnung von Experimentierräumen und die Etablierung einer angemessenen Fehlertoleranz im Haus.</p> <p>Einfach machen: Diesem Motto folgend ist „pioneer4BB“ rechtlich und finanziell schlank gestaltet, sodass die Umsetzung vergleichsweise unproblematisch und schnell erfolgen kann. Der Ansatz ist für das MLUK der erste Schritt hin zu einer lernenden Organisation, die in einer sich stetig wandelnden Welt proaktiv und schnell agiert.</p>		